

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4827) vierteljährlich 2.10 Mk., für 2 Monate 1.40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. exkl. Postgebühren.

Redaktion: Tauscher Str. 19/21.  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.  
Telephon 2721.  
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 6 gespaltene Zeitspalte oder deren Raum mit 25 Pfg., für Gemeinlichkeiten, politische und gemeinnützige Verleumdungen mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im Voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauscher Straße 19/21, Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonntage und Feiertage geschlossen.

## Die preussischen Landtagswahlen.

\* Leipzig, 3. September.

In der neuesten Nummer der Sozialistischen Monatshefte beschäftigen sich zwei Aufsätze mit den preussischen Landtagswahlen. Sie haben in der bürgerlichen Presse einen vielfachen Widerhall gefunden, obgleich sie kaum etwas Neues bieten und hauptsächlich bemerkenswert sind wegen des ziemlich resignierten Tones, den ihre Verfasser anschlagen, obgleich beide zu den eifrigsten Befürwortern der Parteibeteiligung an den preussischen Landtagswahlen gehören.

Unsere eigene Stellung zu dieser Frage resumieren wir in aller Kürze dahin, daß wir an sich Gegner der Beteiligung sind, nicht aus principellen Gründen, sondern weil wir uns davon nicht den geringsten Vorteil für die Partei versprechen, wohl aber viel unnütze vergebene Arbeit und Mühe. Da jedoch ein großer Teil der Partei anderer Ansicht ist und verschiedene Parteitage, zuletzt der Mainzer, sich für die Beteiligung ausgesprochen haben, so versteht es sich, daß wir uns dem Parteivillen fügen und nichts unterlassen werden, um unsere eigenen Befürchtungen zu schanden zu machen. Nicht allein die politische Ehrlichkeit, sondern auch die politische Klugheit gebietet den Gegnern der Wahlbeteiligung diese Taktik; das nach unserer Ansicht unausbleibliche Scheitern des Experiments wird um so gründlicher die Köpfe erhellern, je gründlicher das Experiment selbst angefaßt worden ist.

Genosse Bernstein hat deshalb ganz recht, wenn er in den Sozialistischen Monatsheften sagt, über die Wahlbeteiligung selbst herrsche in der Partei völlige Uebereinstimmung. Aber er hat nicht minder recht, wenn er hinzuzügt, über das Wie gingen die Ansichten noch weit auseinander. Das thun sie allerdings, wie unter anderem die beiden Aufsätze in den Sozialistischen Monatsheften zeigen. In den letzten Monaten war in Berliner Parteiversammlungen eine Politik der „Obstruktion“ empfohlen worden, unter Berufung auf gewisse Schönheiten des preussischen Wahlreglements, die es erundlichen sollten, daß bei einer massenhaften Beteiligung der Arbeiter der Wahlakt selbst nicht praktisch durchgeführt werden könne. Wir haben von dieser, um mit Engels zu sprechen, „Zukunftsmusik auf der Kindertrumpete“, nur flüchtige Notiz genommen, wie von einem beiläufigen Kuriosum; die Erwartung, daß sich die herrschenden Klassen in Preußen ihr gemeingefährliches, aber für ihre Sonderinteressen äußerst vorteilhaftes Klassenwahlrecht durch ihr eigenes, nach Bedürfnis mit einem Federstrich abzuänderndes Wahlreglement entwinden lassen würden, schien uns allzu kindlich, als daß wir uns damit eingehend befassen mochten.

Nun weist aber Genosse Bruhns in den Sozialistischen Monatsheften ausführlich nach, daß die ganze Rechnung nicht einmal äußerlich stimmt, daß diese „Obstruktion“ — immer vorausgesetzt, daß die Regierung nicht durch eine Aenderung des Wahlreglements den schönen Plan im Keime ersticht — vielleicht die Wahl von zwanzig Abgeordneten verhindern könnte. Die praktische Wirkung dieses „Erfolges“ schildert Genosse Bruhns ganz richtig mit den Worten: „Die gewählten 413 Herren würden ganz vernünftig weiter tagen und um so vernünftiger, als sie nun wahrscheinlich den letzten Rest wenn auch schwächerer bürgerlicher Opposition los sein würden.“ Es gehört nämlich zu den besonderen Vorzügen dieser „Obstruktion“, daß sie die Wahlen gerade in den Kreisen zu hindern geeignet ist, in denen heute noch der Freisinn aus eigener Kraft zu siegen vermag. Es ist dankenswert, daß Genosse Bruhns die thörichte Taktik erschlagen hat, aber es ist kein günstiges Vorzeichen für die Beteiligung der Partei an den preussischen Landtagswahlen, daß sich Berliner Parteiversammlungen monatelang damit beschäftigen konnten.

Der andere Aufsatz, den die Sozialistischen Monatshefte über die preussischen Landtagswahlen veröffentlichen, ist vom Genossen Bernstein verfaßt. Von ihm ging der Vorschlag der Beteiligung bekanntlich zuerst aus, aber er hat nun auch sein Körnlein Salz an die „Prehledende“, an die „ziemliche Gesundheit“ des deutschen Bürgertums, an die politische Aktionsfähigkeit des Liberalismus und so weiter gegeben. Er schreibt: „Ein regelrechtes Wahlkartell mit den Freisinnigen ist eine Unmöglichkeit. Nicht, daß irgend ein Princip dagegen spräche, oder schon der Klassencharakter der freisinnigen Partei allein ein solches Kartell unendlich macht. Ein Princip, das Wahlbündnisse ein für allemal verbietet, giebt es nicht, und der Freisinn könnte, wie Beispiele aus anderen Ländern zeigen, trotz seiner gemischten Zusammensetzung immer noch bündnisfähig sein, wenn seine Leitung eine andere wäre. Aber sie ist eben, wie sie ist, und hat ihren Weltblick erst jüngst wieder so deutlich dokumentiert, daß kein Mensch mit gesundem Sinnen daran denken kann, von ihr eine Politik zu erwarten, die ein Kartell mit ihr möglich macht.“ Das ist sehr richtig, nur haben andere Leute nicht erst „jüngste“ Erfahrungen nötig gehabt, um die gleiche Einsicht zu gewinnen.

Wenn sich Genosse Bernstein auf der anderen Seite dagegen verwahrt, daß „generelle Straspolitik“ gegen den Freisinn getrieben werde, so rennt er offene Thüren ein.

Eine solche Politik hat bei den preussischen Landtagswahlen noch kein Mensch befürwortet. Im Gegenteil ist gerade die eventuelle „Straspolitik“, die Genosse Bernstein auch jetzt empfiehlt, immer unfer gewichtigster Einwand

gegen die Beteiligung gewesen. Er meint, wo wir genug Wahlmänner stellen, um eigene Abgeordnete beanspruchen zu können, da sollten wir die Freisinnigen „kategorisch vor die Wahl stellen, entweder ein Mandat abzutreten oder sämtlicher sozialistischer Stimmen verlustig zu gehen.“ Diese Drohung hat den Freisinn noch nie geschreckt und schreckt ihn auch jetzt nicht, wie die Kritik des Bernsteinischen Artikels in der freisinnigen Presse zeigt, in der ganz richtig ausgeführt wird: Es ist schon recht von den Sozialdemokraten, daß sie uns gegen die Junker helfen wollen, aber auf eigene Mandate sollen sie nur verzichten; die giebt es ein für allemal nicht.

Man täusche sich doch nicht darüber, daß die Freisinnigen dabei von ihrem Standpunkt aus ganz richtig kalkülteren. So lange wir uns an den preussischen Landtagswahlen nicht beteiligen, haben wir praktisch wie principell eine klare und reinliche Stellung; beteiligen wir uns aber daran, so können wir die Freisinnigen niemals den Junkern gegenüber im Stiche lassen, ohne uns selbst ins Fleisch zu schneiden. Vermutlich würden Herr Eugen Richter und seine Mannen mit Vergnügen ihre letzten Sitze im preussischen Abgeordnetenhaus opfern, wenn sie dafür bei den Reichstagswahlen seit vierzig Jahren zum ersten Male mit einem Schein von Recht den Wassen ihr altes Märchen aufbinden könnten, daß die Sozialdemokratie die Reaktion unterstützt habe, weil der stolze Mannesmut des Liberalismus sich nicht das kleine Trinkgeld einiger Mandate abpressen lassen wollte.

Genug also, das Wie der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen ist so unklar, wie am ersten Tage. Aber wir wiederholen: deshalb muß, wie die Dinge einmal liegen, doch eine ehrliche und gründliche Probe aufs Exempel gemacht werden, sei es auch nur in der beschriebenen Hoffnung, daß dann wenigstens dieser Wurm endlich einmal sterben wird.

## Politische Hebersticht.

Ein Volksgericht.

Aus Zürich wird uns intern 1. September von unserem eh. Korrespondenten geschrieben:

Dies irae! Der Tag des Jornes und der Rache! Wenn die beiden pfarrherrlichen Häuptlinge der bürgerlichen Parteien von Auserfihl auch nur ein klein wenig Verständnis für die elementare Volkskundgebung besitzen, die sich im Wahlergebnis des gestrigen Tages einen bleibenden Ausdruck geschaffen hat, so muß ihnen das Dies irae des alten Mönchsgesangs schauerlich in die Ohren gellen. Denn ein Tag des Jornes, des Gerichts und der Abrechnung war der gestrige Tag! Zu Gericht saß das arbeitende Volk des dritten Kreises über die schamlose Gewaltpolitik des Kantonsrates, über die Gesetzesverletzungen und Schikanen des Stadtrates von Zürich, über die bürgerlichen Parteien des

## Seuilleton.

[Nachdruck verboten.]

### Das tägliche Brot.

Roman von Klara Wiebig.

Mit Appetit biß Mine in das Brot, mit Zwiebelleberwurst belegt, das Frau Wälbner ihr mitgegeben, und ließ auch Fridchen abbeißen. Dann nahm sie einen Schluck Kaffee aus der in Zeitungspapier gewickelten Bierflasche und ließ auch Fridchen trinken.

Die Witreisenden hielten sie für eine Frau und fragten sie nach ihrem Mann, und ob das das Jüngste wäre? Vierter Klasse pflegt man mit seinen Mitteilungen nicht zurückhaltend zu sein, aber Mine schwieg, sah still zwischen die anderen gedrängt und sah auf ihr Kind.

O wie hübsch sah Fridchen aus! Freilich bleich; der Würde die Landluft gut thun. Die Frau hatte immer geklagt, die Jöhre sei unartig und wolle nicht essen; Krämpfe sollte sie auch mal wieder gehabt haben, wie damals bei der Mathilde. Sie war gar nicht mehr so ein lustiges Kind. Und am Rücken hatte sie wund Stellen vom Liegen in der Masse, und die Härchen am Hinterkopf waren ganz abgeschauert durch das grobe Wisen, von dem sie niemand einmal aufgenommen hatte. Laufen wollte sie noch immer nicht, die Beine waren ein wenig gekrümmt. Mit dem Sprechen haperte es auch noch, nur krähend oder greinend äußerte sie ihr Behagen und Mißbehagen. Sie war entschieden zurückgekommen in den letzten Wochen, aber sie war doch immerhin ein prächtiges Kind, ein wunderhübsches Kind! Mine glaubte aller Blick auf ihr schönes, kleines Mädchen gerichtet.

Sie hatte es so niedlich gemacht wie möglich, in einem schottischen Mäntelchen und einer rotwollenen Mütze mit Ohrenklappen. Sorgsam hielt sie ihr Tuch um das Mäntelchen zusammen, daß nur ja keine Krume oder kein Kohlenstaub es beschmutzte.

Endlich kam die letzte Station. Ach, da floß die Warte noch ganz wie früher! Nur die Stadt schien Mine viel kleiner geworden.

Von den Türmen läutete es Mittag. Das war recht, da kam sie noch bei guter Zeit heim! Nach Hause! Ohne sich aufzuhalten, schritt sie hinaus in die Felder.

Sie wanderte rüstig. Eine milde Sonne lugte auf die Stoppel, und der Wind trieb zarte weiße Fäden. In Berlin war's noch sommerlicher; hier ging die Luft stark und durchwehte einen frisch. Alles war schon in den Scheunen geborgen, nur die Kohlköpfe der Schwemmer standen noch in stattlichen Reihen, und die Kartoffeln hingen ihr schwärzliches Grün; nächstens mußte es schon gereift haben.

Das Landkind war in Mine erwacht. Sie ging vom Wege ab, zog eine der Kartoffelstauden aus dem Acker und prüfte, ob viele Knollen daran saßen. Ei, schön groß und gesund! Sie freute sich. Und als ein Rebhuhn zwischen Rübenkraut aufsprang, und ein Hase quer über die Furche sprang, lachte sie laut auf vor Vergnügen. Wenn Fridchen erst hinter dem Häschen dreinsah, wie sie selbst als Kind in fruchtloser Jagd gethan! Ein Glücksgefühl, wie sie es kaum je empfunden, kam über sie.

Auch das Kind schien zufrieden, grahlte behaglich und schlief zuletzt ein, das Köpfchen an den Hals der Mutter schmiegend. Gemäßigten Schrittes ging Mine nun weiter, um Fridchen ja nicht zu weden! Dann hatte sie nachher

rosige Wädden und war recht lieb, und die Eltern würden sich doppelt über sie freuen.

Der Weg wurde Mine gar nicht lang; früher, wenn sie Butter nach der Stadt gebracht, war er ihr viel länger erschienen, und da hatte sie doch nicht so schwer getragen.

Auf Schritt und Tritt eine Erinnerung. Hier im Grund hatten sie damals bei der Abreise den Storch gesehen, und Bertha hatte Unsinne getrieben und ihn geschweicht.

Je mehr sich Mine Volkmüh näherte, desto lebhafter mußte sie an Bertha denken. Es war ihr ordentlich berlegen, wie sollte sie vor Berthas Mutter bestehen? Sie konnte ihr nichts, gar nichts von der Tochter erzählen; am Tage vor Fridchens Geburt hatte sie die Bertha zum letztenmal gesprochen. Seitdem nichts mehr von ihr gehört und gesehen. Unrecht war es, unkameradschaftlich; als wenn man gar nicht ein und dieselbe Heimat hätte! Aber so ging's nun einmal in der großen Stadt — so viele Straßen, so viele Häuser, und jeder hatte so viel mit sich selbst zu thun!

Nach und nach wurde Mine aufgeregter. Als sie die Höhe der Chauffee erreicht, und der Kirchthurm von Volkmüh, schlank und spitz, über den Sandberg weg guckte, klopfte ihr das Herz. Eine warme Röte stieg ihr in die Wangen.

Da war er! Und da war das Dorf mit seinen hängenden Dächern, nicht verschwommen im morgentlichen Nebeldunst, wie sie es beim Abschied zurückgelassen, sondern klar und freundlich im durchsichtigen Nachmittagslicht.

Sie stieß einen leisen Freudenschrei aus und blieb unwillkürlich stehen. Ach, daß sie's nun endlich wieder sah! Nichts, gar nichts verändert. Nur wo sonst Gerste



drüben Arcifes, die mit ihrem lägenhaften Wahlkurs das Zeichen zu all diesen Vergewaltigungen und Beschimpfungen gaben, denen die Arbeiterschaft nun seit Wochen ausgeführt war. Und das Urteil ist vernichtend ausgefallen. Die Arrangements der Kassation sind von der Arbeiterschaft des dritten Arcifes mit blutigen Köpfen heimgeschickt worden. Der Lorbeer des Sieges ist denen zugefallen, die nach der Meinung des hohen Kantonsrates nicht siegen durften. Und welcher Sieg ist es, den die Arbeiterschaft erfochten hat! Alle 27 Kassierten sind wiedergewählt. Und sie sind wiedergewählt mit weit höheren Stimmenzahlen und mit einer viel wichtigeren Mehrheit als am 27. April! Während die durchschnittliche Stimmenzahl der sozialdemokratischen Kandidaten am 27. April 4600 betrug, beträgt sie heute 5900. Die Kandidaten der Arbeiterschaft haben gestern durchschnittlich 1300 Stimmen mehr auf sich vereint, als am 27. April. Die Kandidaten der bürgerlichen Parteien aber haben durchschnittlich 400 Stimmen eingebüßt. Da es bei der ungeheueren Erbitterung, womit der Wahlkampf geführt wurde, gänzlich ausgeschlossen ist, daß bürgerliche Stimmberechtigte der sozialdemokratischen Liste zugestimmt haben, und da nur einige Hundert Stimmberechtigte mehr zur Urne gegangen sind als am 27. April, so ist zur Erklärung des Stimmenrückgangs der bürgerlichen und des Stimmengewinns der sozialdemokratischen Kandidaten nur die einzige Annahme möglich, daß am 27. April die bürgerlichen Parteien Stimmentzettel, die sonst der Arbeiterschaft zugefallen wären, im großen Maßstab gestohlen haben. In dieser Thatsache liegt ein politischer Humor, der seinesgleichen sucht. Die Herren, die gegen die am 27. April angeblid mit den „verwerflichsten Mitteln“ in den Kampf gezogene Arbeiterschaft als moralische Ankläger auftraten, sind heute als die eigentlichen Wahlschwindler entlarvt und gerichtet. Wenn die berühmte „Strafende Gerechtigkeit“ nicht bloß ein metaphysischer Begriff der Ethiker und Moralisten, sondern lebendige Wirklichkeit wäre, hier könnte man sagen, daß sie sich geoffenbart habe.

Die politischen Folgen des beispiellos glänzenden Wahlsieges vom Sonntag lassen sich heute noch gar nicht absehen. Sicher ist zunächst, daß er für die schweizerische Arbeiterbewegung ein lauter Weck- und Kampfruf sein, das Vertrauen der Arbeiterschaft in ihre eigene Kraft, die Ueberzeugung von der Nützlichkeit und Notwendigkeit eines entschiedenen und geschlossenen Auftretens mächtig stärken und so zu einem wohlthätigen Anstoß für die ganze Bewegung werden wird. Dann aber ist ebenfalls sicher, daß der Sieg vom Sonntag bereits das Trompetensignal für den Kampf um die Mehrheit in der Stadt Zürich ist und daß er diesen Kampf selbst nicht nur in nähere Ferne gerückt, sondern auch durch sein anseuerndes Beispiel Garantien des Erfolgs in diesem Kampfe geschaffen hat. Daß es für die Arbeiterschaft nicht gleichgültig ist, ob im Kantonsrat ein Duzend oder aber mehr als drei Duzend Arbeitervertreter sitzen, leuchtet ein. Das Vorhandensein einer starken sozialdemokratischen Fraktion im Kantonsrat und der wichtige Rückhalt, welchen das glänzende Wahlergebnis der Fraktion wie dem einzelnen giebt, bedeutet dann zweifellos auch eine andere Tonart, die von sozialdemokratischer Seite zur Anwendung kommen wird. Es wird in Zukunft, um das Wort zu zitieren, das Genosse Pfarrer Pfleger unter stürmischem Beifall an der gestrigen Siegesfeier sprach, „etwas weniger geflüstert, dafür aber mehr gepfiffen werden“. Die sozialdemokratische Fraktion, aber auch die Gegner wissen nun, daß die Arbeitervertreter einen Stützpunkt und Rückhalt in der großen Masse des arbeitenden Volkes haben; wenn sie sich gegen Uebel- und Mißstände, gegen Rechtsverlegung, Willkür und Gewaltthat enervisch zur Wehre setzen. Und dieser entschiedener Ton im parlamentarischen Leben des Kantons wird für die Arbeiterschaft des Kantons Zürich ein kräftiger und steter Ansporn zu energischer Agitations- und Organisationsarbeit sein. Es wird die schärfere Tonart im Kantonsrat aber auch zurückwirken auf die Haltung der sozialdemokratischen Vertreter im Großen Stadtrat von Zürich, in dem die Arbeitervertreter noch weit mehr Gelegenheit haben, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, als im Kantonsrat. Sicher aber ist endlich, daß der Sieg vom Sonntag dem Proporz, dieser alten Forderung der zürcherischen Arbeiterschaft, mächtig die Wege gebnet hat. Das ausschließliche Vorgehen

der sozialdemokratischen Partei und der wichtige Erfolg dieses Vorgehens sind ein politischer Anschauungsunterricht für die Gegner des Proporz. Sie lernen dadurch die Wohlthaten des Mehrheitswahlsystems am eigenen Leibe kennen und es wird ihnen schwer fallen, sich den wichtigen Lehren dieses Anschauungsunterrichts auf die Dauer zu verschließen.

So erscheint das Volksgericht vom 31. August nicht nur als ein Tag gerechter Wiedervergeltung, sondern auch als Ausgangspunkt einer fruchtbringenden politischen Entwicklung in Stadt und Kanton Zürich.

**Die Verweltlichung.**

Aus Paris schreibt man uns unterm 1. September: In Frankreich ist nicht nur die Entstehung von Gesetzen, sondern auch ihre Anwendung viel enger als anderswo an die aktuellen politischen Ereignisse, an die gegebene politische Situation geknüpft. Diesem Schicksal entging selbst das Gesetz von 1886 über die Verweltlichung der öffentlichen Primarschulen nicht, eines der Grundgesetze der dritten Republik. Zwar für die Knabenschulen hat das Gesetz eine kurze Frist von wenigen Jahren festgesetzt, innerhalb deren die Erziehung des geistlichen Lehrpersonals durch ein weltliches vollzogen werden mußte. Nicht so aber in Bezug auf die Mädchenschulen. Der Unterschied erklärt sich daraus, daß es anfänglich an weiblichen Lehrkräften fehlte. Aber auch nachdem die Lehrerinnenseminare ein hinreichendes weltliches Lehrpersonal herangebildet hatten, blieb die Verweltlichung der Mädchenschulen wesentlich dem freien Ermessen der Gemeinderäte oder der Präfekten anheimgestellt. Die Verweltlichung trat obligatorisch nur dann ein, wenn eine Konne verstarb oder demissionierte in einem solchen Departement, wo ein Lehrerinnenseminar seit vier Jahren bestand.

Wie faumselig die verschiedenen Regierungen und ihre Präfekten die Möglichkeit der Verweltlichung benutzten, zeigt die Zahl der am Anfang 1902 noch bestehenden öffentlichen Nonnenschulen für Mädchen. Nach amtlichen Angaben waren es 3588 Primarschulen, 457 Kindergärten (écoles maternelles) und 374 gemischte Schulen mit einem Lehrpersonal von 7170 Nonnen. Verweltlicht wurden 1886—1902 im ganzen bloß etwa 3500 Mädchenschulen, nicht einmal die Hälfte! In den einzelnen Jahren schwanken die Verweltlichungszahlen sehr wenig, ausgenommen die Jahre 1897 und 1898, in denen sie von der durchschnittlichen Zahl 300 bis 350 auf 121 sinken. Damals befand sich ja am Ruder das kerikalfreundliche Kabinett Méline. Dann stieg die Zahl der Verweltlichung unter dem Kabinett Waldeck-Rousseau bloß auf 512 bzw. 502 im Jahre.

Erst mit dem neuesten Feldzug gegen den Merikalismus entsann man sich der faumseligen Anwendung des Gesetzes von 1886. Im Finanzgesetz von 1902 wurde nun durch einen besonderen Artikel endlich eine Frist für die Verweltlichung der öffentlichen Mädchenschulen festgesetzt; drei Jahre, gerechnet vom Januar 1903, für die Gemeinden, die Eigentümerinnen der Schulgebäude der Nonnenschulen sind, zehn Jahre für die übrigen Gemeinden. Doch bedurfte es des Kampfes gegen die privaten Nonnenschulen und besonders des gewaltigen Widerstandes seitens der Merikalen, um die Verweltlichung der öffentlichen Mädchenschulen wirklich in Gang zu bringen. So meldet in den letzten paar Wochen der Telegraph fortwährend über Verweltlichung von Duzenden von Schulen in allen Ecken des Landes. Ein weiterer Beweis, daß der bisherige Schneidengang der Verweltlichung lediglich der kerikalfreundlichen Saumseligkeit der Präfekten bzw. der wohlwollend-neutralen Nachlässigkeit der Regierung zuzuschreiben ist. In den letzten drei Monaten wurden bereits ca. 1000 Schulen verweltlicht. Und es wird flott weiter verweltlicht werden, so lange — die gegebene antikerikale Kampfsituation fort-dauert.

**Deutsches Reich.**

**Aus Posen.**

An die „stürmischen Ovationen“, unter denen der König von Italien eben die deutsche Erde verlassen hat, reißen sich die „stürmischen Ovationen“, womit der deutsche Kaiser am Seebadlage auf polnischer Erde empfangen worden ist. In besonderen

wurde er begrüßt durch eine Ansprache des Oberbürgermeisters Wittig, der mit der Versicherung begann, daß die Stadt „ähnlichen Glanz“ nicht gesehen habe, seit König Friedrich Wilhelm III. mit der Königin Luise in Posen eingezogen sei. Er behauptete, daß in dem verflochtenen Jahrhundert an die Stätte tiefsten Verfalls preussischer Geist, Zucht und Ordnung in Posen eingeleitet sei und schloß mit der glaubwürdigen Versicherung, daß „aus jeder Brust das Gelächris emporsteige“: Ich bin ein Preusse, will ein Preusse sein.

Man kann die schöne Rede nicht ohne Thränen der Rührung lesen. Zur Zeit des „tiefsten Verfalls“ gedieh bekanntlich äppig die historische Klasse des polnischen Judentums, und einer davon, Namens Wittkowski, siedelte gleich manchem anderen nach Berlin über. Er war ein braver, tüchtiger Mensch, der sich von allen unerfreulichen Eigenschaften seines sozialen Milieus zu emanzipieren wußte, mit Guido Weiß zusammen Ende der letzten Jahre die Zukunft, ein tapferes demokratisches Tageblatt, begründete und übrigens zwei Söhne zeugte, die, befeelt von „preussischem Geist, Zucht und Ordnung“, von ihrem wackeren Erzeuger abrückten. Der eine nannte sich Harden, machte in altem Kurs, gründete eine Wochenschrift für Frutifizierung des Wisnärätschen Kaisers über den Kaiser, die er mit schallhaftem Humor über die väterlichen Traditionen die Zukunft taufte, während der andere sich Wittig benannte, die Bahnen des neuen Kurzes beschritt, und mit nicht minder schallhaftem Humor die Wege seiner Ahnen germanisierte, denn er ist ein Preusse, will ein Preusse sein.

Der Kaiser erwiderte auf die Ansprache des Oberbürgermeisters Wittig, daß er das Rayongesetz für die Stadt Posen aufgehoben habe und daß die Posener sich dieser großen Wohlthat würdig zeigen sollten. Wenn er dabei die Hoffnung aussprach, daß die Beseitigung der Posener Wälle auch der ärmlichen Bevölkerung bessere und menschenwürdiger Wohnräume schaffen werde, so brauchen wir unseren Lesern nicht erst diese Illusion als solche nachzuweisen. So leicht ist die proletarische Wohnungsnot nicht zu beseitigen, sonst wäre sie längst beseitigt worden.

• Berlin, 3. September. Die Nachricht, daß der Oberleutnant Hildebrandt den Abschied erhalten habe, wird von bürgerlichen Blättern demontiert.

Die Konstitution des Versammlungsgesetzes als besonderer Festschmuck der Posener Kaiserlage bestätigt sich. Dem Wirt des sozialdemokratischen Versammlungsorts in Posen ist folgendes Schreiben vom Polizeipräsidenten zugegangen:

Im Interesse der allgemeinen Sicherheit und Ordnung untersage ich Ihnen hiermit auf Grund des § 10 Teil 2 Titel 17 des Allg. Landrechts die Vergabe Ihres Lokals zu Versammlungszwecken für die Zeit vom 1. September mittags 12 Uhr bis 5. September mittags 12 Uhr.

Im Falle des Zuwiderhandelns gegen die Verfügung wird für jeden einzelnen Fall gegen Sie eine Ordnungsstrafe von 150 Mk. auf Grund des § 182 des Landesverwaltungs-gesetzes festgesetzt werden.

Der § 10 Titel 17 Teil 2 des Allg. Landrechts lautet: „Die nötigen Anstalten zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung und zur Abwendung der dem Publikum oder einzelnen Mitgliedern desselben bevorstehenden Gefahr zu treffen, ist das Amt der Polizei.“

Die Verfolgung des Beschwerdemerges muß ergeben, ob die verfassungsmäßigen Rechte wirklich mit solch eleganter Hand-betretung befreit gehalten werden können?

Der Fleischwucher. Wie die Fleischnot auch Blättern, die sonst stockblind durch die Welt tappen, den Star sticht, ist ergriffen zu sehen in einem Verzweiflungsausruf des Weller Kreisblattes: „Die neueste Preissteigerung ist die des Fleisches. 65 Pfennige pro Pfund wollen die Schlächter für das Rindfleisch haben. Seit Monaten geht der Verdienst der Arbeiter infolge der schlechten Zeiten zurück und trotzdem zieht man von allen Seiten die Schrauben an, die als Bölle auf Verbrauchsmittel erscheinen. Das konsumierende Publikum ist eben die Citrone, die nach Kräften ausgepreßt wird.“ Auch aus dem schärfsten Erzgebirge wird lebhaft über die Fleisch-tenerung geklagt. In Stolberg z. B. kostet ein halbes Mils Schweinefleisch 90 Pfg., Kalbfleisch 80 Pfg., geräucherter Speck 1.20 Mk., während die gleichen Fleischsorten in nachbarlichen Böhmerlande um beinahe ein Drittel des Preises (!) billiger zu haben sind. Die ergebnislosen Arbeiter „erzweuen“ sich eines Wochenverdienstes von 11—12 Mk. Man kann sich lebhaft vorstellen, wie es da um die Ernährung der Familien bestellt sein muß.

gestanden, jetzt Kartoffelacker; und dort ein morscher Stumpf, wo früher der alte Holzbirnbaum sich gebreitet. Auch von den Kiefern am Sandberge waren welche gefällt und neu angeschont.

Sie umfasste alles mit einem zärtlichen Blick, und dann lief sie hinein ins Dorf, ihr schlafendes Kind sorgsam verhüllend.

Als sei sie gestern hier weggegangen! Nein, als sei sie nie fortgewesen!

Sie klinkte die obere Thür auf, deren obere Hälfte immer offen stand, um dem dreisten Hühnervieh den Ein- und Ausflug zu gestatten.

In der Stube saßen sie alle beim Vesper, ganz in den Genuß der Pflaumenmusschnitten versenkt; der Vater trank einen Kaffee dazu. Sie sahen verwundert auf, ohne sie zu kennen.

Mine stand auf der Schwelle, wie eine Fremde. Sie hätte nichts sagen können; ihre Lippen zitterten vor Bewegung.

Da schrie Emma, die der Thür zunächst saß, hell auf: „Jesef, es is de Mine!“

Sie sprangen alle auf; nur der Vater blieb sitzen. Er sagte nicht: „Guten Tag“, auch nicht: „Seh Der!“

Mine gab der Mutter schen die Hand — sie fühlte sich auf einmal so gedrückt, sie wußte selber nicht warum — und danach auch den Geschwister. Da waren sie ja alle, Max, Cilla, Heinrich, Emma; nur Male fehlte. Statt ihrer war da eine junge häßliche Frauensperson, die, als Mines fragender Blick sie traf, sich abwandte und an der großen faltigen Schürze zupfte, die ihre starken Hüften verbergen sollte.

„Wie geht Der'sch, Mutter?“ fragte Mine leise.

„Gutt!“

„An Euch?“

„Doch gutt“, erwiderte Max für die Geschwister. Dann war's still; kein Mensch sprach ein Wort. Man hörte eine Brunne surren. Der Vater guckte immer vor sich hin und aß weiter.

Jetzt fragte Emma neugierig, indem sie an der Schwester Luch zupfte, „Was haste da?“

„Mein kleenes Mädel“, sagte Mine tapfer und schlug das Luch zurück.

Wieder dasselbe Schweigen.

Mine sah sich um, ihre Blicke suchten die Mutter — die schaute zur Erde.

Die jüngeren Geschwister gafften.

Der Vater aß noch immer, jetzt schnitt er sich ein neues Stück Brot ab und strich sich's.

Die fremde Frauensperson hatte sich ans Fenster gestellt, den Rücken nach der Stube gedreht.

„Wo is denn de Male?“ fragte Mine mit dem Versuch, ganz harmlos vertraulich zu reden.

„'s geht 'r gutt“, sagte irgend jemand knapp.

„Ja, wo is se denn?“ Das thut mer aber an, daß ich de Male nich seh! Se war immer so en guttes Mädel, 's wird 'r ooch leid sein!“

„Das weez mer nich“, sagte Max und ein halb höhnisches, halb verlegenes Lächeln zuckte um seine schwach bärtigen Lippen.

Dann war's wieder still.

Wenn sie doch nur ordentlich reden wollten! Mine wechselfte die Farbe. Hätten sie lieber laut gepoltert; besser, als dies eifige Schweigen! Unwillkürlich preßte sie Fridchen fester an sich, sie mußte an dem Kind einen Halt suchen. Sie war ja so allein.

„Jesef, so red't doch!“ stieß sie endlich heraus, mit

einem tiefen zitternden Atemschöpfen: Reden, reden, so hielt sie's nicht mehr aus! Lieber selber davon anfangen!

„Biste mer beese, Mutter? Mutter, kuck mer doch an!“

„Seh Der“, sagte die Mutter, aber sie sah noch immer die Tochter nicht an.

Schwer ließ sich Mine auf den nächsten Schemel fallen; sie war jetzt auf einmal ganz schwach, ganz todmüde, froh, daß sie nur sitzen konnte. Das Luch hielten ihre bebenden Hände nicht mehr zusammen, frei saß Fridchen im schottischen Mäntelchen auf ihrem Arm und sah sich mit runden blauen Augen um.

„Mutter“, sagte Mine, „is se nich en hübsches, kleenes Mädel?“

Da drehte die Frau sich ab und fing an, am Herd zu hantieren und mit Geschirr zu klappern.

„Batter!“

„Was geht mer'sch an?!“ Barthel Heinze spuckte aus. „Das Mus is heuer nich gutt geraten, Mutter; angebrennt. 's schmeckt bitter!“

„Batter!“ Mine hatte sich vorgereckt und versuchte über den Tisch weg, seine Hand zu fassen. „Batter, sel nich so! Kuck mer doch an! Red doch mit mer!“

„Ich red ju mit Der“, sagte er widerwillig. Und dann nach einer Pause grob: „Nach, daß De wieder hinkommt, woher De gekommen bis. Ich meen“, bei uns haste nischte zu suchen. Geh nur hin, wo der'sch so gutt geht, daß de Batter un Mutter, die sich's am Maule ab-gesparrt han, vergißt, un alles berzugst. Geh nur!“

„Ich hab Euch doch sechsundzwanzig Mark geschickt — acht Thaler un zwanzig Groschen! Ich hätt gern mehr geschickt, wenn ich's gekannt hätt“, murmelte Mine.

„Kannst gutt reden, ich weez von nischte.“

(Fortsetzung folgt.)



In der Sitzung des Münchener Stadtmagistrats am 2. Sept. wurde einstimmig beschlossen, die schon im Februar an das Staatsministerium gerichtete, aber bis heute unbeantwortet gebliebene Petition um Erstattung der Einfuhr lebender Schweine in den Münchener Schlachthof in dringender Weise zu erneuern und gleichzeitig unter dem Drang der Verhältnisse auch um Genehmigung der zeitweisen Einfuhr von Großvieh aus Italien vorstellig zu werden. Der sozialdemokratische Magistratsrat Schmid stellte außerdem den Antrag, es solle der städtische Fleischschlag aufgehoben und städtische Viehkommissionäre aufgestellt werden. Die beiden Anträge werden dem Ausschuss überwiesen. Wie dringend Abhilfe not thut, beweist die That- sache, daß am letzten Viehmarkt im Schlacht- und Viehhof nur 225 Schweine zum Verkauf standen, während sonst zum Montags- markt 400 bis 600 Schweine zugetrieben wurden. Wie ein vom Landshut zurückkehrender Metzger mitteilte, bestand dort am letzten Markttag die ganze Schweinezufuhr nur aus einem Vorkentier. — Im städtischen Schlachthof zu Branden- burg wurden schon im Monat Juli gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres weniger geschlachtet 60 Kälber, 202 Schafe und 127 Schweine; dagegen bedingte die Nachfrage in diesem Jahre im Monat Juli ein Mehr von 23 Pferden.

Wie wenig die Centrale für Viehverwertung, die bekannte agrarische Gründung im Lande ist, das deutsche Reich mit Vieh zu versorgen, beweist folgende Nachricht des Wolfenbüttler Kreisblattes. Dortige Schlachtereimeister haben bei der Centrale für Viehverwertung in Berlin angefragt, ob diese ihnen Schweine liefern könne. Daraus ist folgende Antwort eingegangen: „Auf Ihr werthes Schreiben vom 29. d. M. erwidere ich ergebnislos, daß wir der dortigen Fleischer-Zunft Schweine liefern können, jedoch nicht billiger, als der jeweilige Marktpreis ist. Wir würden nach Wolfenbüttel, je nach Qualität, mit 52—54 M. liefern. Offiziell sofort greifbar: 50 Mecklenburger Fleisch- schweine mit je 180 Pfund.“ Der Obermeister der Wolfen- büttler Schlachtereimeister, Herr Seubert, erklärt dazu, daß für den dortigen Schlachtereibetrieb Schweine von 180 Pfund nicht brauchbar seien; daß sei unroße Ware, bei der viel Lard ab- gerechnet sei. Hier am Orte geschlachtet, würde sich der Centner davon auf etwa 70 M. stellen. Man könne daher von diesem Angebot keinen Gebrauch machen. Angesichts der agrarischen Behauptung, daß von einer Fleischsteuerung nicht die Rede sein könne, hat auch der Vorsitzende des bayerischen Fleischer- verbandes in Nürnberg den konservativen Landtagsabge- ordneten Bach, der erklärt hatte, auf dem Lande seien viele Schweine fett, ohne daß sich Käufer fänden und der Preis dafür sei keineswegs übertrieben, dristlich aufgefordert, ihm Adressen anzugeben; er reflektiere auf den ganzen Vorrat schlachtbarer Schweine, selbst zu höheren Preisen.

Ein prinzipiell wichtiger Entscheid fällt die Dortmund-Straschkammer. In einer Mauererversammlung forderte ein Redner auch die in Kündigung stehenden Mauerer auf, sofort die Arbeit niederzulegen. Wegen Aufforderung zum Kontraktbruch erhielt er eine Anklage. Die Anklage stützte sich auf den § 110 des Strafgesetzbuches (Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Befehle). Der Verteidiger wies darauf hin, daß wohl das Reichsgericht sich auf den Standpunkt gestellt habe, daß eine Uebertretung zivilrechtlicher Bestimmungen im Sinne des § 110 strafbar sei. Dieser Standpunkt sei zu mis- billigen. Der klare Wortlaut lasse erkennen, daß es sich nur um kriminelle Dinge handeln kann. Diesen Standpunkt teilte auch der Gerichtshof und sprach den Angeklagten frei.

Soldatenerziehung. Vor dem Frankfurter Kriegsgericht kam am 30. August ein Fall von Soldatenuhndlung zur Verhandlung, der als sehr roh bezeichnet wurde. Der Mann B. sollte die Stallwache beziehen, war aber nirgends zu sehen. Endlich fand ihn der Sergeant Fernau noch im Bett, nahm nun einen Mienen und prügelte den Mannen derartig durch, daß man das Schreien des Mannes draußen hören konnte. Ein dienstfertiger Gefreiter hatte während dieser U- schreyung die Thür der Baracke abgeschlossen. Der Mann trug eine Wunde am Kopfe davon, und sein Rücken war grün und blau geschlagen. Das Kriegsgericht erkannte wegen gefährlicher Körperverletzung auf die Mindeststrafe (!) von zwei Monaten Gefängnis, sah aber wegen der guten Führung des Sergeanten von der Degradation ab.

Der Kanonier R. des 27. Feldart.-Regts. war wegen Plak- tischbeschwerden wiederholt im Lazarett gewesen und weil ihm der Wachtmeister zum „Schertz“ gesagt hatte, er käme jetzt zur Arbeitsabteilung, so brannte er in die Schweiz durch, stellte sich aber nach wenigen Wochen freiwillig der Behörde. Das Gericht nimmt an, daß er wirklich aus Angst vor der Verletzung in die Arbeitsabteilung sich seiner Dienstpflicht entziehen wollte und erntet auf die Mindeststrafe, drei Monate Gefängnis.

Das Kriegsgericht des Gouvernements Metz hatte sich in einer seiner letzten Sitzungen mit einem Falle schwerer Soldaten- uhndlung zu beschäftigen. Am 31. Juli d. J. führte der Unteroffizier W. eine Abteilung von der Schwimmanstalt nach der Kaserne. Auf dem Wege ließ er die Mannschaften singen. Einige Leute konnten ein Lied nicht. Das erregte den Zorn des Unteroffiziers. Die geschulten Sänger durften heimziehen und die anderen mußten auf einer Strecke von 20 bis 25 Meter mehreremal Aufschritt machen. Der Pionier Sch. schloß darüber, worauf ihm der Unteroffizier einen Fuß- tritt versetzte, so daß er laut schreiend hinfiel. Der Miß- handelte war infolge einer Anschwellung des Damms vier Tage dienstunfähig. Das Kriegsgericht erkannte mit Rück- sicht auf die bisherige gute Führung und den Affekt (!) des Angeklagten auf vier Wochen Mittelarrest.

Keine politische Nachrichten. Der englisch-chinesische Ver- trag ist immer noch nicht unterzeichnet. Das Exist über die Ab- schaffung der Alts-Zölle wird hauptsächlich durch eine amtliche Be- richtung aufgehoben. In derselben heißt es, das erste Exist sei über die Mißbräute der chinesischen Schriftzeichen falsch überlegt worden; man müsse in dem Exist richtig lesen: „Sobald alle Re- gierungen in eine Erhöhung der Import- und Export-Zölle einge- willigt haben, werden die Alts-Zölle abgeschafft werden.“ Die Polizei in Sofia verhaftete den General Donischew-Michailowitsch und die übrigen Mitglieder des makedonischen Komitees und ver- urteilte dessen Vork. — In Rußland ist, wie eine Depesche meldet, die Zarenfamilie um die Hoffnung auf einen weiteren Nachwuchs ärm und das Volk um die Ausgaben, die der Prinz oder die Prinzessin verursacht hätten, reicher.

**Oesterreich-Ungarn.**

**Belagerungszustand in Agram.**

Bei den serbenfeindlichen Kundgebungen am 1. September in Agram vollzogen die Demonstranten ein entsetzliches Werk der Zerstörung. Zahlreiche serbische Geschäfte und Kaffeehäuser wurden geplündert und vollkommen zerstört, die Firmenschilder herausgerissen und verbrannt. Da die Garison im Manöver ist, konnten nur zwei Züge Militär von der Polizei zur Hilfe-

leistung herangezogen werden. Diese säuberten wohl die Straßen, doch konnten sie nicht verhindern, daß sich die Menge in anderen Straßen sammelte und dort ihr Zerstörungswerk von neuem begann. Erst gegen 2 Uhr nachts hörten die Ausschreitungen auf.

Am 2. September früh wurde eine Bekanntmachung erlassen des Inhalts, daß alle öffentlichen Lokale um 9 Uhr und alle Gasthöfe um 7 Uhr abends gesperrt sein müssen. Bei den Kundgebungen wurden mehrere Personen verletzt und an 50 Verhaftungen vorgenommen. Am Abend sammelte sich eine Menschenmenge auf dem Jellachich-Platz, welcher von der Polizei gekäubert wurde. Auf dem Kapitel-Platz trieb die Menge die Polizei zurück. Gleichzeitig sammelten sich auch an anderen Stellen große Menschenmassen, welche in den Wohnungen von Serben die Fenster einschlugen. Der pensionierte Haupt- mann Witas schoß auf die Menge.

Die gefangenen Teilnehmer sind zu Freiheitsstrafen verurteilt worden. Es wurden 29 Personen verlegt, darunter 6 schwer. Die Kundgebungen waren offenbar vorbereitet, da einzelne Gruppen genaue Kenntnis von den Wohnungen der Serben hatten und nur diese angreifen ließen. Ein allgemeiner Boykott der serbischen Kaufleute ist im Zuge, ebenso die Entlassung serbischen Personals aus kroatischen Geschäften. Die Bericht- erstatter mußten um 12 Uhr nachts die Berichterstattung ein- stellen, weil das Passieren der Straßen lebensgefährlich wurde. Der Polizeichef, der Bürgermeister und der gesamte Gemeinderat werden voraussichtlich demissionieren müssen. Die Serben ver- lassen scharenweise die Stadt.

Man glaubt, daß die Regierung den Belagerungs- zustand über ganz Kroatien verhängen wird. Meldungen aus der Provinz besagen, daß in verschiedenen anderen Städten ebenfalls Unruhen stattgefunden haben.

**Portugal.**

**Vom Reichs-Dalles.**

Sämtliche Dissaboner Blätter beschäftigen sich mit dem Ge- richt eines großen Standals, durch welchen die Regierung kompromittiert sein soll. Die Regierung soll, als sie sich in Geböden befand, die Kronjuwelen, sowie andere Kostbarkeiten Don Juans I. im Gesamtwerte von 25 Millionen Franken verpfändet haben. Die Bank von Portugal, welche die kostbaren Steine beliehen hatte, soll nunmehr die Rückgabe der Gelder verlangen unter der Drohung, die Angelegenheit in die Öffentlichkeit zu bringen.

**Aus der Partei.**

Der Vorwärts veröffentlicht in seiner heutigen Nummer die zum Münchener Parteitag eingelassenen Anträge. Wir werden sie morgen im Wortlaute wiedergeben.

Das Offenbacher Abendblatt schreibt: „Nachdem schon vor Wochen im Centralorgan unserer Partei, dem Vorwärts, Ein- wendungen gegen die provisorische Tagesordnung des nach München einberufenen Parteitag erhoben worden sind, die von mehreren Parteiorganen als berechtigt anerkannt wurden, ant- wortet jetzt in den Sozialistischen Monatsheften, dem unab- hängigen Organ für Theorie und Praxis des Sozialismus, Genosse Auer. In der offiziellen Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie, der Neuen Zeit, wird indessen an erster Stelle über den Riesenstreik der galizischen Bauern (am 16. August), das österreichische Chaos (am 23. August) und über Galizien (am 30. August) artikuliert. Wir sind überzeugt, daß den unabhängigen Monatsheften die Mitarbeit unseres Parteisekretärs mehr wert ist, wie der Neuen Zeit die Bezeichnung: Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie.“ Das Wohlwollen, das den Ver- fasser dieser Notiz offenbar für die Neue Zeit besetzt, hat ihn erstens übersehen lassen, daß der Riesenstreik der galizischen Bauern aller- dings ein ungleich wichtigeres Beiterignis ist, als die Ein- wendungen des Vorwärts gegen die provisorische Tagesordnung des Münchener Parteitag, die beiläufig, ehe die Neue Zeit dazu auch nur ein Wort sagen konnte, von einer größeren Zahl Parteiorganen als unbedeutend zurückgewiesen worden sind, und hat ihm zweitens die sonst naheliegende Frage fern gerückt, ob unserm Parteisekretär die Mitarbeit an dem „unabhängigen Organ für Theorie und Praxis des Sozialismus“ nicht mehr wert ist, als die Mitarbeit an der Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie.

Der sozialdemokratische Parteitag für Schleswig-Hol- stein, Lauenburg, Albed und Hamburg begann am 31. August in Flensburg. Wir haben aus den Verhandlungen folgende auch weitere Kreise interessierende Thatsachen heraus- geholt. Nach dem Bericht der Agitationskommission verfügt das Ham- burger Echo jetzt über einen Abonnentenstand von 33200 Abonnenten. Geplagt wird darüber, daß die Parteikasse nicht allzureichlich bedacht werde. Es müße auf eine Erhöhung der Beiträge gesehen werden. Frohne weist auf einen wunden Punkt hin, das sei die Vereinsmeierei, durch welche viele Arbeiter finanziell so gekümmt würden, daß sie ihren partei- genösslichen Verpflichtungen nicht nachkommen könnten. Die Anforderungen unserer Partei wüchsen von Jahr zu Jahr, und es gäbe noch so viel zu thun, daß ohne eine bessere Aus- gestaltung des Finanzwesens nicht anzukommen sei.

Mehrfach wird die Konsumvereinsentwicklung in die Debatte gezogen. Der Berichterstatter sagt darüber: In den letzten Jahren habe sich in der Provinz das Konsumvereins- wesen kräftig entwickelt, was sicher im Interesse der Arbeiter läge. Aber ein Zweifel in dieser Beziehung führe nicht zum Ziel. In den größeren Orten, wo die Vorbedingungen für die Errichtung eines Konsumvereins vorhanden seien, da möge man einen solchen ins Leben rufen, wo das nicht der Fall sei, wie in mehreren kleinen Orten, da solle man das unterlassen. In diesen Orten sei durch das Eintreten der Genossen für den Konsumverein die Aktionsfähigkeit unserer Partei in die Breite gegangen. Von Elm verteidigt die Genossenschaftsbewegung. Die Krämmer dürften nicht klagen, zumal sie selbst für sich Genossenschaften gründen.

Die Neue Welt wird hinsichtlich ihrer Inseratenbeilage scharf mitgenommen. Von anderer Seite sieht man hierin ein „spießbürgerliches“ Vorgehen.

Folgender Antrag v. Elm wird gegen 2 Stimmen angenommen: Der Parteitag beschließt, unter Ablehnung des Antrages aus dem 7. schleswig-holsteinischen Wahlkreis und des Antrages Verard, den Parteigenossen, welche Bedenken irgend welcher Art gegen Anzeigen in der Annoncenbeilage der Neuen Welt haben, zu empfehlen, sich unter Angabe ihrer Gründe an den Verlag zu wenden, und ist davon überzeugt, daß, sofern diese stichhaltig sind, den Wünschen der betreffenden Genossen ohne weiteres Rechnung getragen wird. Zur Dänenfrage liegt folgende Resolution vor:

Der Parteitag der schleswig-holsteinischen Sozialdemokratie hält es, weil Schleswig zum Teil von Angehörigen eines nicht-

deutschen Volkes bewohnt ist, für richtig, für seine Stellung diesen gegenüber folgendes festzulegen:

- 1. Grundsätzlich wird anerkannt:
  - a) daß die dänische Bevölkerung in Nord-Schleswig sowohl nach dem widerrechtlich beseitigten Artikel V des Prager Friedens als nach dem Recht aller Völker auf Selbstbestimmung allein zu entscheiden hat, ob und wie weit sie zu Preußen oder zu Dänemark gehören will;
  - b) daß alle Bewohner Nord-Schleswigs, die dänischen Stammes sind, so lange sie gezwungen oder freiwillig zum deutschen Reich gehören, ein Recht auf Schutz ihrer nationalen Eigenart, ihres Volkstums, ihrer Muttersprache und volle politische Gleichberechtigung haben;
  - c) daß es Pflicht der Sozialdemokratie ist, jede diese Rechte verkündende Politik einer Partei, eines Staates oder des Reiches rückhaltlos zu bekämpfen;
  - d) daß es Aufgabe der Sozialdemokratie ist, die Proletarier des dänischen Volkes unter voller Anerkennung ihrer nationalen Rechte über den Sozialismus aufzuklären und für den Klassen- kampf zur Eroberung der politischen Macht zu gewinnen.

2. Ausgehend von vorstehenden Grundätzen beschließt der Parteitag:

- a) eine wesentliche Aufgabe der Genossen, ohne Unterschied der Abstammung, ist, in Schrift und Rede die Aufklärung der dänischen Proletarier über den Sozialismus und ihren Anschluß an die Sozialdemokratie zu betreiben, und zwar, soweit es nötig und möglich ist, unter Gebrauch der dänischen Sprache.
- b) eine weitere Aufgabe der Genossen und der sozialdemokratischen Presse Schleswig-Holsteins liegt in der rückhaltlosen Bekämpfung der Zwangspolitik in jeder ihrer Erscheinungsformen;
- c) bei politischen Reichstagswahlen, bei denen die Dänen- partei mit einem bürgerlichen Kandidaten in engerer Wahl steht, ist, sowie der dänische Kandidat befriedigende Erklärungen in Zoll- und Steuerfragen und über wesentliche rein demokratische Forderungen gibt, für diesen einzutreten;
- d) für die Landtagswahlen empfiehlt der Parteitag den Ge- nossen der beteiligten Kreise, so lange ein Sieg der Sozialdemokratie selbst ausgeschlossen ist, und der dänische Kandidat die oben er- wähnten Erklärungen giebt, die nach dem Mainzer Beschlußes not- wendige Genehmigung des Parteivorstandes für ein Eintreten der Wahlmänner zu Gunsten der Dänen einzuholen.

Daß die parlamentarischen Vertreter der Sozialdemokratie, so- weit es sich um Bekämpfung der Zwangspolitik und den Schutz der nationalen Rechte der Dänen handelt, diese und die parlamen- tarische Unterstützung der Abgeordneten der Dänenpartei auf sich nehmen, bedarf nach den Grundätzen und der bisherigen Taktik der Sozialdemokratie im Reichstage keines Beschlusses, denn es ge- schah bisher und wird weiter geschehen.

Stolten-Hamburg beantragt dazu, die Resolution wie folgt zu ändern:

Abfah c und d werden gestrichen und durch folgenden Absatz ersetzt:

c. Bei Stichwahlen zum Reichstage und bei den Landtags- wahlen, wo die Entscheidung zwischen einem dänischen und einem anderen bürgerlichen Kandidaten steht, darf die national-oppositionelle Stellung der Dänen nicht maßgebend für die Stellungnahme der Genossen sein. Sie haben für den dänischen Kandidaten nur dann ein- zutreten, wenn dieser die bindende Erklärung abgibt, jeder Mehr- belastung der Bevölkerung mit Zöllen und indirekten Steuern und jeder Erhöhung der Militär- und Marinekosten entschieden entgegen- zutreten und thätkräftig für den demokratischen Ausbau des Wahl- rechts sowohl zum Reichstage als vor allem zum preussischen Land- tage wirken zu wollen.

Außerdem liegt folgender Antrag der Genossen von Alpenrabe und Umgegend vor:

Der Parteitag möge beschließen, so bald wie möglich ein dänisches Parteiorgan für Nordschleswig herauszugeben.

In der Nachmittagsitzung wurde nach längerer Debatte die Aderische Resolution mit der Aenderung Stoltenes gegen eine Stimme angenommen. Der Antrag der Parteigenossen von Alpenrabe wurde abgelehnt.

**Aus Sachsen und den Nachbargebieten.**

**Ein neues Mittel zur Hebung der Landwirtschaft.**

Eine von der sächsischen Regierung veranlaßte Zusammenstellung über die stehenden, geschlossenen Fischwässer des Königreichs Sachsen, hat, so wird geschrieben, ergeben, daß Sachsen eine ungeahnte Menge von Fischteichen besitzt, deren Gesamtläche ein be- achtenswertes Objekt von volkswirtschaftlicher Bedeutung ist. Diese Fischteiche befinden sich zum größten Teile in den Händen der kleineren und mittleren Grundbesitzer und gewähren zur Zeit meist unbefriedigende Erträge, während von einer Reihe rationell betriebener Fischwirtschaften auch in Sachsen der Beweis erbracht worden ist, daß die Teichwirtschaft meist eine weit höhere Bodenrente abzuwerfen vermag, als der Körnerbau. Im Ministerium des Innern ist man zu der Ueberzeugung gelangt, daß eine Verallgemeinerung der sach- gemäßen Bewirtschaftung von Fischteichen schneller und sicherer zu erreichen sein würde, wenn der sächsischen Teichbesitzer ein Schriftchen dargeboten werden könnte, in dem unter Berücksichtigung der verschiedenartigen Verhältnisse des Landes und in möglichst gedrängter, aber dabei gemeinfälliger Form dar- gelegt wird, ob und durch welche Mittel man dazu gelangen kann, durch sachgemäßen Teichwirtschaftsbetrieb eine höhere Rente als bisher aus den stehenden, geschlossenen Fischwässern zu er- zielen. Um nun ein solches Schriftchen zu erlangen, hat das Ministerium nach den Bestimmungen des Statuts für die Meinungsbildung die Preisfrage gestellt: „Welche Bodenrente kann von einer bestimmten Fläche kleinrentiger Teichwirtschaft bei sachgemäßem Betriebe unter den verschiedenen Verhältnissen im Königreiche Sachsen erzielt werden und welche Wirtschaftswesen und besonderen Maßnahmen sind für die verschiedenen Höhen- lagen anzuwenden, um eine solche Rente zu erlangen?“ Für die beste Beantwortung der Frage steht ein Preis von 1000 M. zur Verfügung. Der Einlieferungsstermin für die Preis- arbeiten ist der 31. Dezember 1903.

Derartige Bestrebungen, die Landwirte zu rationelleren Be- triebswesen anzuleiten, werden überall Unterstützung finden. Nur sollten sie auf den Betrieb der Landwirtschaft überhaupt abgelehnt werden. Der Landwirtschaft würde auf diese Weise weit besser gedient sein, als mit den volkschädigenden Schutz- zöllen.

r-Erfurt, 2. September. Die gestern von hier gemeldeten Massenerkrankungen infolge Genusses von Schweinefleisch haben sich auch auf das benachbarte Thüringen ausge- dehnt, wo bereits bei drei Familien dieselben Krankheits- ercheinungen konstatiert wurden. Die Kantine der Eisenbahn- werkschaft ist nach den Erkrankungen, deren Untersuchung der Sanitätsrat Seydloff amtlich leitet, geschlossen worden. Die Erregung in der Stadt ist groß.

Hierzu eine Beilage.



# Schusters Warenhaus, Leipzig-Neustadt

hat Mittwoch, Donnerstag und Freitag **Reste-Tage.**

Eisenbahnstrasse 39-43

## Vorsicht!

Die echten

# Waldmeister-Cigaretten

müssen die Firma

„KOSMOS“-Dresden

Patentamtlich geschützt unter Nr. 34 212. Fälschungen werden strafrechtlich verfolgt.

tragen; alle anderen sind

[7654

## nachgeahmt.

„Kosmos“, Tabak- und Cigaretten-Fabrik, H. F. Wolf-Dresden.

Vertreter: Oscar Hagelganz, L.-Plagwitz, Karl Heine-Str. 79.

### Täglich frischen Schellfisch

zu billigem Tagespreis. Fischhalle „Ostsee“ 26 (Neufelder), Burzener Str. 20 14 (Münger), Breite Str. 14.

Gr. Ausw. prämi. Kanarienvogel, Pracht- u. billige Käfige, hochf. Sommerküchen, 5 Pf. 1.10 Mk., sowie a. Sorten pr. Vogelkutter, Amelsener, Mehlm., Ital. Goldf. empf. Max Kraft, Poststr. 18.

### Vogelfutter

Märek, Samenhandl., Lind., Markt 2. Cigarren, Cigaretten Kautabak (Genossenschaft) empfiehlt E. Poppe, Lindenau 220 | Merseburger Str., a. d. Ratswaage, Herren-Garderobe a. Tellz., wöchentl. 1. u. Burzenerstr. v. 12. u. an. Kapellenstr. 8, v.

### Wohnungsanzeigen.

2 gef., frdl. Wohn. f. 850 u. 840 u. u. Baden u. Wohn., pass. f. Pfeisler, f. 475. u. f. ob. Spät. B. ertr. b. Hausm., Kl. Sch. Weg 34. Frdl. u. Wohnungen, v. 290. u. an, per 1.10. zu verm. Neubau Gohlis, Gravelotto-Str. 14. Logis, 2 St., R. u. R., 280. u. an, per 1.10. zu vermieten. Lindenau, Wettinerstr. 57, I. Logis, 1 St., 2 R., Küche, Vorl., Keller, 200. u. an, per 1.10. zu verm. Leubitz, Leubitzstr. 1, I. r. Logis in Mückern, Stube, R., K., per 1.10. billig zu verm. Nöb. Braustr. I. im Laden. Umständl. f. d. Logis z. 1.10. sehr bill. zu verm. Nöb. Schlossg., Blümenstr. 7, II. r. Freundl. Schlafstelle an 1 Herrn zu vermieten. Plagw., Karl Heine-Str. 68, III. l.

## Möbel-Ausstattungs-Haus Hermann Fontius

Neben der roten Schule. Neuhäuser Gasse 108

(Gohliser Möbelhalle)

Leipzig-Gohlis

Neben dem Würzburger Hof. Neuhäuser Gasse 108

gestaltet sich bei Bedarf von Möbelstücken in freundliche Erinnerung zu bringen. — Große Auswahl. Aufmerksame und preiswerte Bedienung. Langjährige Garantie. Preisliste gratis u. franko. Freier Transport für Leipzig u. 10 Stunden im Umkreis. Eig. Tapezierer- u. Tischler-Werkstatt. Während der Messe Sonntags geöffnet.

## Verein Vorwärts L.-Süd.

Donnerstag, 4. September, abends 7/9 Uhr

## Mitglieder = Versammlung

im Gambrinus, L.-Connewitz, Biedermannstr.

Tagesordnung: Vortrag über: Der Werdegang des Menschen. Gäste sind willkommen! Zahlreichem Besuche der Mitglieder sieht entgegen. Der Vorstand.

## Achtung, Glaser!

Sonntag den 7. September Familien-Ausflug nach Schkeuditz. Treffpunkt früh 9 Uhr am Frankfurter Thorhaus (Restaurant Brenne), für den Besten 10 Uhr im Restaurant zur Aue (Kriegensherdt), Böhlitz-Grensers. Zahlreiche Beteiligung wünscht. Der Vorstand. [7838]

## Arnolds Restaurant und Café

Dufourstr. 30, Ecke Bülowstraße [4481]

empfiehlt seine freundlichen Lokalkitäten zur gefälligen Benutzung. Hochachtungsvoll Arnold.

## Felsenkeller, Plagwitz.

Donnerstag den 4. September

## Großes Melkenfest

bestehend in Elite-Konzert der Neuen Konzert-Kapelle G. Coblenz, Brillantfeuerwerk, Blumenpolonaise und Ball. Unter anderem gelangt zur Aufführung: Schlachten-Potpourri von Saro. Ergebnis! Wilhelm Canitz. [7854]

## Lebenden Photographien

Die besten und neuesten sind im Edison-Theater während der Messe auf dem Königsplatz. [7737]

Auf dem Fleischerplatz Promenadenstraße [7832] Bude 66 kaufen Sie Ihre Schuhwaren stannend billig. Bude 66. Bude 66.

## Lanz

Unterricht erteilt zu jeder Tageszeit, auch Sonntags. Herm. Papst, Braustr. 25.

## E. A. Krieger, Schneidermstr.

Von jetzt ab Leipzig, Poststr. 15, III. r. Regelmäßig nur j. Sonntag v. 11-3 Uhr. Neu! Auf dem Fleischerplatz vor d. Feuerwehrdepot. Sibiren \* Cayenne. Mechanische Darstellung der Wagnos, Krim.-Histor. Ausstellung, Wehr. Abhandlung d. Geschichte d. Galerien. Einz. reißend in ganz Deutschland. Ein Karikaturen- u. Laokabinett mit dem Orig.-Spiegel. Der kleine Cohn, bildet den Schluß der eigenartigen, u. interessanten Schauausstellung. Achtungsvoll Der Besitzer.

## Messe! Fleischerplatz. Messe!

Orig. Heren- od. Umsturzstühle Elegantes Fahrvergnügen Originelle Auslandsfahrt für Damen, Herren und Kinder. Viel Spass! Viel Vergnügen! Große Kinderfreuden! Hochachtungsvoll Der Besitzer. [7849]

## Kartoffel-Ausgabe.

In Lindenau, an der Merseburger Straße u. der Zelter Eisenbahn, werden große weiße Speisekartoffeln, Rute 1. A, täglich ausgegeben. LAUX.

## Kartoffel-Ausgabe.

Kunde weiße randschälige Kartoffeln werden täglich (Sonntags von 11 Uhr an) ausgegeben an der Merseburger Straße über der zweiten Bahn, a Rute 1 Markt. [7806]

## Rittergut Gundorf.

Für Gemüsehändler und Speiseanstalten. Weisskraut und Wirsing in vorzüglich feinen und großen Köpfen verkauft in großen u. kleinen Posten billig die Oekonomieverwaltung der Leipz. Westend-Baugesellschaft L.-Lindenau, Bügauer Str. 164.

## Auktion! Grüne Eiche

Lindenau, Am Markt. Mittwoch u. Donnerstag von 10 Uhr bis abends 9 Uhr Porzellan, Gosen, Schuhwaren. Paul Wertheim, Auktionator.

### Vertrauensstellung.

Wir suchen zum sofortigen Antritt einen tüchtigen Buchhalter der kaufmännisch gebildet und im Kassenswesen gründlich bewandert sein muss. Schriftl. Offerten mit Zeugnisabschriften erbeten an Leipzig Buchdruckerei Aktien-Ges.

### Käufe und Verkäufe.

Ein Landhaus ist billig zu verkaufen. Lindenau, Gundorfer Str. 30, III. l. Pracht. Ober- u. Unterb. u. Riffen, sowie Bettst. m. Matr., zu f. 27. u. sofort zu verkaufen. Eidonienstr. 35, pt. I. Kleidersek. 25, Vert. 28, Plüsch-Ottom. 45, Bettstelle m. Matratze 16. u. Burgr. 9. I. 2 Gebett Betten, 13 u. 18 Mk., sowie 1 Herrschaftsbett sof. sehr billig zu verk. Lindenau, Markt 17, Et. A, I. r. Neues Sofa sehr billig zu verkaufen. Plagwitz, Karl Heine-Strasse 68, III. l. !! Sehr bedeutend billiger !! Neues Anzüge f. Herren u. Knaben, Schuhwaren, Uhren, Ketten, Ringe, Arbeitsmaschinen, Koffer, gebrauchte Möbel, Betten verkauft W. Lory, Bnd., Gutsmuthsstr. 19 (Altes Geschäft: Kleine Fleischerpassage II.) Damokleidler, Wäsche u. bef. Herrschaften bill. zu verk. Plagwitz, Mühlentstr. 81 I. Sweaters- Muster werden nach wie vor billig verkauft von der Fabrik Weststrasse 67, pt. 10 St. geb. Singer-Nähmaschinen sowie mehr. Schneider- u. Schuhm.-Masch. billig zu verk. Ringgasse 20, G. I. l. Waschmaschinen Mk. 50. Wringmaschinen v. Mk. 12 an. Neubeziehen von Balzen billigst. Schneider & Seldol, Kurprinzstr. 16.

### Am allerbilligsten

kaufen Sie Fahrräder, Nähmaschinen und Zubehör im Leipziger Fahrrad-Haus Sebastian Bach-Str. 32. Zur Messe Sonntags geöffnet. Hand-u. Geschäftsw. v. b. Neusch. Kirchstr. 67. Sehr zur Messe auch Roggplatz, an d. Köhlerstr. neue u. gebrauchte Bill. u. Queues, Tische u. Leber A. Immisch, Gumboldtstr. 7. Neben Posten Bierhaat kauft L. Grau, Lindenau, Wettinerstraße 47.

### Vermischte Anzeigen.

Tüchtiger Bodenmacher (Pianoforte) nach auswärts in dauernde Stellung gesucht. Näheres Holzarditeiler-Berband, Guburger Hof. [7860] Student erteilt jungen Handwerkern abends unentgeltlich Unterricht in Physik. Adressen von Teilnehmern unter B. 4 an das Cigarren-Geschäft Rankstädter Steinweg 9 erbeten. [7837] Teilnehmerinnen zu einem Schnellkurs in Wäsche-Zuschneiden, Hon. 15. u. ab. Zuschneiden von Taillen, Röcken u. Schürzen. 10. u. gef. Naundörferhofen 24, pt. Fleischerstr. 2 Knaben, 1 1/2 J. u. 13. 5 M., werd. in Pflege aufs Land geb., auch brieflich u. Zahlungsangabe. Abnd. Zähringer Str. 2, I. Th. 49. 3. Mädchen als Aufwartung f. nachmittags gef. Plagwitz, Weißfelder Str. 8, pt. I. Regenschirm in d. elektr. Straßenb. stehen gelassen. Geg. Dant abzug. Thekla 9, pt. 4 räd. Handw. m. Leitern im Hof d. G. M. abhd. gef. Abzg. Alrenb. Str. 52, Schlimmer.

### Familienanzeigen.

Herrn Wilh. Waldner, Schuhmachermeister, Neufelder, Burzener Str. 26, gratuliert noch nachträglich zum 25 jährigen Jubiläum Familie Kohter. Unserem Karl Edingerlaub zum Weggelien b. best. Wünsche. Die rote Fahnen-Setzma



Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Auf das Kartell der sogenannten Ordnungsparteien gegen die Nationalliberalen ihre ganzen Hoffnungen. Unseren „Aus- sichten der sozialdemokratischen Partei bei den nächsten Reichs- tagswahlen in Sachsen“ steht die nationalliberale Korrespondenz eine andere, natürlich sehr optimistisch gehaltene Betrachtung entgegen. Bei ihrer „objektiven Nachprüfung“ der gegenwärtigen sozialdemokratischen Bestrebungen kommt die nationalliberale Korrespondenz zu dem Ergebnis, daß diese meist durch die Ordnungsparteien zurückverdrängt werden könnten und daß deshalb die Behauptungen der Leipziger Volkszeitung von den aller- besten Wahlsichtern der Sozialdemokratie um so weniger zu verwerfen sind. Die Nationalliberalen sind unverbesserliche Optimisten. Sie meinen, das Schwergewicht auf die nationalen Gesichtspunkte legen zu müssen und glauben, die wirtschaftlichen Fragen in zweiter Linie stellen zu können. Sie wollen in ihrer Beschränktheit die einfache Thatsache nicht begreifen, daß bei einem Wahlkampf, in dem der Lebensmittelpreiser die Wahl- parole bildet, der Vorteil auf Seiten derer sein muß, die gegen Verteuerung der Lebensmittel, die nur zum Vorteil einer winzigen Interessengruppe erstrebt wird, sind. Und bei dieser Wahlparole können sich die nationalliberalen Kartellpolitiker auch nicht einmal auf ihre „nationalen“ Grundsätze verlassen, denn hier vertreten ja gerade diejenigen die nationalen Interessen, die durch die Hintanhaltung der Lebensmittelverteuerung einer Schädigung der Industrie und des Handels und einer Schwächung der Volkskraft wehren wollen. Die Präse von den nationalen Gesichtspunkten wird vor der Gefahr der Lebensmittel- verteuerung wie Seifenschaum zerplagen. Wollen die National- liberalen mit den Brot- und Fleischwucherern im nächsten Wahlkampf gemeinsame Sache machen, so wird eben die Sozial- demokratie als die einzige Partei übrig bleiben, der das Volk die Vertretung seiner vitalsten Interessen anvertrauen kann. Der Ausfall der Nachwahl im 10. Wahlkreise hat die National- liberalen nicht von der Schädlichkeit und Verkehrtheit ihrer Politik überzeugen können, und sie werden auch in Zukunft zu keiner anderen Auffassung kommen. Sie kennen gleichsam blind in ihr Schicksal der völligen Vernichtung hinein. Gegenwärtig bildet der 21. Wahlkreis besondere Gelegenheit, die Wahlsichten der Nationalliberalen abzuwägen. Der bisherige Abgeordnete Dr. Esche hat auf erneute Anfrage mit Bestimmtheit erklärt, daß er eine Kandidatur für die nächsten Wahlen nicht wieder annehmen werde. Die Konservativen haben ihm die Lust, wieder zu kandidieren, gründlich vereitelt. Sollte sich Dr. Esche durch seine näheren Parteifreunde wirklich zur Wiederaufstellung bereit finden lassen, so hätten ihm die Konservativen ohne Rücksicht auf das Kartell einen eigenen, den Agrariern mehr geneigten Kandidaten entgegengesetzt. Der Nachfolger Dr. Esches in der Kandidatur wird nur ein Mann sein, der die Zustimmung der Agrarier hat. Der Nationalliberale scheidet also schon im vorhin- nem aus, der Wahlkampf wird sich abspielen zwischen dem agrarischen Kandidaten und dem sozialdemokratischen. Und betrachtet man nun das Stimmenverhältnis zwischen den Parteien im Wahlkreise, so kann dessen Ausgang nur einem Optimisten vom Schlage der Nationalliberalen noch zweifelhaft sein. Im 21. Wahlkreise dürfte der Sieg der Sozialdemokratie nur zu mitreihen sein, wenn ihrem Kandidaten ein bürgerlicher Kandidat entgegengesetzt wird, der entschieden gegen die Erhöhung der Lebens- mitte auf Lebensmittel ist. Das läßt allerdings die Kartell- politik der Nationalliberalen nicht zu und so wird der Kreis nicht nur den Nationalliberalen, sondern auch den Kartellbrüdern verloren gehen.

Große Überraschungen scheint der gegenwärtig in Grenz- nach lagende allgemeine Genossenschaftstag deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften bringen zu wollen. Der Anwalt des Verbandes der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Dr. Crüger, ist seit je den unter sozial- demokratischer Leitung stehenden Konsumvereinen feindselig ge- stimmt. Auf dem letzten Verbandstage wurde bereits auf Vor- schlag Dr. Crügers ein gegen die unter sozialdemokratischer Leitung stehenden Konsumvereine gerichteter Beschluß gefaßt, der viel Staub aufgewirbelt hat. Wie es heißt, ist der engere Anschluß des jetzigen Verbandstages einem Vorschlage Dr. Crügers beigetreten, die sächsischen Vereine sämtlich und außerdem einige 30 andere deutsche Vereine aus dem Verband aus- zuschließen. Die Erörterungen über diese Angelegenheit dürften heute beginnen. Da nähere Angaben über den Coup

des freimüthigen Anwalts des Genossenschaftsverbandes noch fehlen, so beschränken wir uns vorläufig auf diese Mitteilung, die nicht verhehlen wird, in den Kreisen der sächsischen Genossenschaftler berechtigtes Aufsehen zu erregen.

Unglücksfall auf der Agitation. Die Chemnitzer Volks- stimme berichtet: Als Sonntag spät abends Zschopauer Genossen mit dem Reichstagsabgeordneten Rosenow, von der Marienberger Versammlung kommend, mit Geschirr nach Zschopau fuhren, kam auf der sehr abschüssigen Straße in Hohndorf der Wagen aus unangefahreter Ursache ins Schiefen. Das Pferd stürzte in die Rute, ging, aufspringend, durch, so daß der Wagen nach kurzer Strecke umkippte. Während das Pferd in die Dunkelheit hinausjagte, zerbrach der Wagen und lehrte die Räder nach oben. Die Insassen hatten bei dem Unglücksfall, der ihnen die heißen Knochen oder das Leben hätte kosten können, noch großes Glück. Genosse Riepel-Zschopau kam mit einer klaffenden Wunde an der linken Hand, Genosse Spindler-Zschopau mit einer blutenden Kopfwunde, Genosse Rosenow mit einer Arm- verstauchung davon. Das Pferd wurde endlich in Zschopau auf der Brücke von Straßenpassanten aufgehoben, nachdem es den von Hohndorf eine Stunde langen Weg in kaum 20 Minuten durchrast hatte.

Der Weber Meyer in Ortmannsdorf, der Verfasser der Endesschrift: Meine 30jährigen Erfahrungen in der Sozial- demokratie, versucht seine verräterische, von schänder Gewinnlust diktierte Handlungsweise in einer Zuschrift an die Chemnitzer Volksstimme zu rechtfertigen. Er will nur im Interesse der Sozialdemokratie gehandelt haben und weit davon entfernt sein, die Partei zu schädigen. Es ist also nur Reformeifer, der Meyer bestimmt hat, die Schmähchrift herauszugeben. Gleich- zeitig erzählt er aber, daß er sich zur Erlangung von Geld- mitteln für die Herausgabe der Schrift an konservative Vereine gewendet hat. Diese haben jedoch Meyer aufstehen lassen. Nachträglich hat er nach seiner Darstellung die Herstellungskosten leihweise von einer Privatperson erhalten. Vom Ertrage seiner Broschüre verspricht sich Meyer anscheinend einen großen Profit.

Freiberg, 2. September. Am Sonntag morgen kam, wie der hiesige Anzeiger berichtet, ein aufständig gekleideter junger Mann in das Café am Bahnhofe zu Colmnitz und fragte den Besitzer, ob er nicht ein Mädchen zur Abholung eines kleinen Koffers aus dem Erbgerichtshofe zu Colmnitz haben könne. Der Wirt besorgte ihm ein 13 jähriges Mädchen mit einem Kinderwagen mit dem Bedenken, der Mann selbst könne ein- weilen warten, das Mädchen werde nicht so lange sein. Der Unbekannte machte aber geltend, daß er selbst mitgehen müsse, da er noch eine kleine Schuld im Gasthofe zu bezahlen habe. Unterwegs, bei den sogenannten Bauernbüschen, hat der junge Mensch versucht, sich dem Mädchen in unsittlicher Weise zu nähern. Das Mädchen hat sich indessen losgerissen und ist unter Zurücklassung des Wagens entflohen. Die später fest- gestellt wurde, hatte der Unbekannte weder einen Koffer im Gasthofe stehen, noch eine Schuld dort zu begleichen. Es ist als sicher anzunehmen, daß er an dem Mädchen ein Verbrechen begehen wollte. Der thätkräftigste Verfolgung des Wirtes und des Gemeindevorstandes ist es am Vormittag gelungen, den Menschen dingfest zu machen. Bei seiner Festnahme fand man einen Dolch und Revolver bei ihm. Gegen Abend wurde der Mensch, der sich außerdem falsche Namen beilegte und zwei auf verschiedene Namen lautende Arbeitsbücher bei sich führte, an die hiesige Staatsanwaltschaft eingeliefert.

Zwidau, 2. September. Der Lutherkirchen-Standa! hat nun auch die oberste Kirchenbehörde, das Landeskonfistorium, beschäftigt. Der Vorstand der Lutherkirche in Zwidau hatte be- kanntlich, als mehrere Baumeister nach der Ausschreibung ihre Offerten eingereicht hatten, die des Baumeisters Wolf (der Vor- sitzender des Stadtvorstandes-Kollegiums ist) herausgeschickt, und den W. veranlaßt, eine andere (billigere) Offerte einzu- reichen. W. verminderte daraufhin den zuerst geforderten Preis von über 102 000 Mk. um — 30 Mk. und erhielt hierauf den Bau. Gegen dieses Submissionsunwesen richtete sich der Protest der Bau-Zunammgmeister. Der Stadtrat zu Zwidau stand ihnen bei, er verurteilte das Verhalten des Kirchenvorstandes; das Landeskonfistorium hat jedoch „entschieden“, daß der Kirchen- vorstand „korrekt“ gehandelt habe (!).

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In einer Strumpf- warenfabrik in Chemnitz waren zwei Appreteure damit beschäftigt, einen größeren Posten Ware vom Fabrikstuh zu nehmen, als plötz- lich der Stuhl niederging und den einen Appreteur entklemmte, so daß dieser einen schweren Schädelbruch erlitt und sofort tot war. Der andere kam mit einigen Hautabschürfungen und einer Verstauchung des rechten Fußes davon. — Ein Automobil, in dem die Damen Helene Stengel und Frida Haase, ferner der Kaufmann Oskar Binder und der Student Bernhard Hoth saßen, fuhr auf der Fahrt von Dresden an den Schrankenstopf der sächsischen Staatsbahn in Weipert an, wobei das Automobil in Trümmer ging. Fr. Stengel und der Student Hoth erlitten schwere Verletzungen am Unterschenkel und mußten ins Kran- kenhaus nach Leischa überführt werden. Oskar Binder und Frida Haase konnten noch während der rasenden Fahrt auf der steilen Straße abpringen.

Schwendig, 2. September. Aus Anlaß des Abtuns des Turnvereins Trieb auf findet die Versammlung des Sozial- demokratischen Vereins acht Tage früher wie gewöhnlich statt, nämlich am 7. September nachmittags 4 Uhr im Bürgergarten. Genosse Krüger-Halle wird über das Thema sprechen: Die Schwäche der deutschen bürgerlichen Parteien.

Delitzsch, 2. September. Eine Kreisversammlung für den Wahlkreis Delitzsch-Bitterfeld stellte den Genossen Redakteur Weißmann-Halle wiederum als Kandidaten für die nächste Reichstagswahl auf. Von der Besichtigung des Parteitagés in München wurde abgesehen.

□ Aus Thüringen, 2. September. Zur Zeit finden in den ebenen Geländen Thüringens, besonders um Erfurt herum und auf dem Eichsfelde, große Feldübungen statt, denen zum Teil auch Graf Waldersee und der eine Adjutant des Kaisers, der kommandierende General v. Wittich, beiwohnen. Die letzten Tage herrschte nun dabei eine starke Hitze, die zahl- reiche Opfer gefordert hat. In der Stadt Erfurt kurieren darüber die tollsten Gerichte, ohne daß die Militärverwaltung sich bequemt, öffentliche Aufklärung zu geben. Auch sonst sind zahlreiche Unglücksfälle zu verzeichnen. So waren gleich am ersten Tage bei den in Langenlarsa einquartierten Infanteristen des 32. Regiments vier Unglücksfälle zu verzeichnen, ein Soldat rentte sich beim Exerzieren ein Bein aus der Gelenk- kugel, während drei andere auf dem Platze zusammenbrachen.

Gerichtssaal.

Landgericht.

Leipzig, 2. September.

Die befohlenen Schwiegereltern. Der neun- zehn Jahre alte Arbeiter Karl Ernst Marxholz aus Sahn bei Vorna hatte mit der Tochter eines gewissen M. hier ein Liebesverhältnis und als er im vorigen Jahre ohne Arbeit war, ließ er sich von seinen zukünftigen Schwiegereltern ernähren. Im Dezember ging er mit einem angeblich von seinem Vater geschriebenen Brief zu M. und legte ihm diesen vor. M. senior schreibt, daß er gut situiert sei, ein 85 Jahre großes Gut besäße und M. sollte seinem Sohne nur kredittieren; er werde für alles bürgen. Die M.s behandelten nun ihren zukünftigen reichen Schwiegerohn wie ihren eigenen und dieser ließ es sich bis Ostern wohl sein. Als er nach dieser Zeit Arbeit fand, wollte er nicht wissen lassen, wo er arbeite, sondern redete den mehr als gutgläubigen M.s vor, er habe eine Verwaltungstelle auf einem Gute nach auswärts erhalten. Im Mai besuchte er seine Geliebte und benutzte das Alleinsein in der Wohnung, um aus einer verschlossenen Kommode, die er mit dem Schlüssel der Schlüssel öffnete, das Sparkassenbuch des M. junior zu nehmen und hob davon am 17. Mai 10 Mk., am 21. Mai 30 Mk. und am 29. Mai noch einmal 30 Mk. ab. Das Buch hatte er in der Zwischenzeit immer wieder auf seinen Platz zurückgelegt. Aus dem Sparkassenbuch der Frau M., das ebenfalls unter Verschluss war, hob er erst 30 Mk. und später den Rest von 52 Mk. ab. Das Geld hat er in listiger Gesellschaft verthan. Wegen dieser Thaten erhielt K. ein Jahr acht Monate Gefängnis und drei Jahre Ehrenrechtsverlust zu- diktiert.

Ein geriebenees Vürschchen ist der erst 18 Jahre alte Arbeiter Max Lippert von hier. Bei dem Fahrrad- händler S., wo er in Arbeit stand, stahl er drei Vürschstangen im Werte von 5 Mk. Mit dem gleichartigen Arbeiter Georg Max Schütze stahl er aus einem Hausgrundstück der Zeitzer

Kleine Chronik.

Leipzig, 3. September.

Die „Gleichheit“ in dichterischer Auffassung. Der so früh verstorbene Leopold Jacobi ließ im Jahre 1892 seine Deutschen Lieber aus Italien erschließen, in denen sich ein eigenartiger Gedicht-Cyclus: Unterricht im Sozialismus findet. Faun, die politische Geliebte des Dichters, fragt ihn unter anderem nach dem Bilde der zukünftigen Gesellschaft. Sie fürchtet, daß die Gleichheit die Langweiligkeit schaffen würde. Darauf antwortet ihr der Dichter mit einem Gleichnis, das Jacobi schon im ersten Teil seines philologischen Hauptwerks: Die Idee der Entwicklung (erschienen 1874) in Prosa ausgeführt hatte.

Das Gedicht lautet:

Bist du über welte Heide  
Wo gewandert, süßes Kind,  
Wo mit dem braunen Kleide  
Alle Pflanzen niedrig sind?  
Wo kein Raufschen und kein Pfälstern  
Dich umfängt mit Liebesgruß,  
Nur die starren Kräuter kühnen  
Knirschen unter deinem Fuß?  
Und dir ist, als müßt du weinen,  
Lobeschwermut packt dich an;  
Denn des Niedern und Gemeinen  
Urteil hat dir's angethan.  
Solche Gleichheit schafft das Heute,  
Es erniedert alle Höhn,  
Unerbittlich wird zur Beute  
Ihm, was herrlich hoch und schön.  
Aber ward die Kunde nimmer  
Von der Palmenwälder Pracht,  
Deren Frucht- und Blütenkammer  
Selbst den Forscher staunen macht?  
Deren Blätterkronen schweben  
Ueber ihm im Ketherzelt,  
Deren Wipfelhäupter leben  
Wie in einer andern Welt?

Von den Palmen, die als Brüder  
Stehen stolz und gleich und frei,  
Und ihr Raufschen tönet nieder  
Eine Wundermelodei?

Solche Gleichheit muß ein Morgen  
Bringen mit der Sonne Pracht;  
Vorwärts kämpfend laßt uns sorgen,  
Daß zu Ende geh' die Nacht!

Alle Menschen sind erhoben  
Und sie werden alle gleich  
Nicht nach unten, nein nach oben  
In dem neuen Weltreich.

Gleich wie die lebend'ge Flamme  
Sprüht nach oben nur empor,  
Aufwärts strebend an dem Stamme  
Prangt der Menschheit Blütenkor.

Es ist nun sehr interessant zu sehen, wie ein anderer moderner Dichter, Otto Erich Hartleben, den Gedanken der „Gleichheit“ mit ganz demselben Gleichnis dichterisch illustriert. Sein Gedicht ist im Jahre 1886 entstanden. 12 Zeilen braucht er, wozu Jacobi 40 Zeilen benötigt. Im übrigen mag der Leser selber vergleichen und empfinden.

Gleichheit.

Gegangen bin ich über braune Heide.  
Es knirschten die trocknen Heidekräuter,  
Die ewig gleichen, unter meinen Schritten.

Und ich verstand nicht, was sie knirschten.  
Doch Lobeschwermut wälzte sich auf mich,  
Indes die Augen müd zu Boden starrten. —

Gewandert bin ich durch die Palmenwälder.  
Es rauschten laut die hohen Wipfelhäupter,  
Die ewig gleichen, über mir in Lüften . . .

Und da verstand ich, was die Palmen rauschten:  
Und Thatenfreude wogte mir im Blut,  
Dieweil ich stolz und frei nach oben schautet!

-Ka- Die Vererbung erworbener Eigenschaften ist bekannt- lich eine vielumstrittene Frage, in der sich Autoritäten ersten Ranges gegenüberstehen. Weismann z. B., der weißen Mäusen vor der Paarung regelmäßig die Schwänze abschaltete und unter Hunderten von Abkömmlingen nie einen mit Stummelschwanz erzeugte, be-

stretet die Möglichkeit einer derartigen Vererbung direkt. Inner- hin sind negative Resultate nie so überzeugend, wie positive, und die unter den Biologen rühmlichst bekannte Forscherin, Gräfin v. Linden, führt als Beweismaterial die vor ca. fünf Jahren ge- machten und ziemlich unbekannt gebliebenen Versuche von Standfuß an. Diese Versuche wurden mit Schmetterlingen vorgenommen und zwar mit der Gattung Vanessa, zu der das Pfanenaug, der Admiral, der Trauermantel, der große und kleine Fuchs gehören. Vebiglich bei der letzteren Art, deren wissenschaftlicher Name Vanessa urticae lautet, hatten die Versuche Erfolg. Aus 8281 Puppen, die sämtlich der Einwirkung von Frost ausgesetzt wurden, kamen mehr oder weniger stark abweichende Falter aus, wie sie unter normalen Verhältnissen nicht vorkommen. Weiter beobachtet wurden 32 ganz extrem gebildete Männchen mit oberfläch- vollkommen geschwärtzten Hinterflügeln und 10 Weibchen, von denen 2 dieselbe starke Abweichung von der Normalform zeigten, wie die Männchen, während die andern 8 blaue Raubfleder hatten. Diese 42 Falter waren sämtlich in der Zeit vom 7.—15. Juni ausgekommen; bereits am 28. begannen sie mit Eierlegen, und schon am 2. Juli gingen wieder Raupen an, aus- zuschlüpfen. Von den etwa 2000 Raupen ging die Mehrzahl durch Infektionskrankheiten zu Grunde, und nur 498 kamen bis zur Ver- puppung. Fast sämtliche Falter, die aus diesen Puppen hervor- gingen, waren zur Normalform zurückgeführt; aber unter den mehreren Hundert Nachkommen der 42 abweichenden Individuen fanden sich 4 Exemplare, auf welche die Abweichung von der Normalform übergegangen war. Es waren das vier Männchen, die sämtlich von einer Mutter stammten, und zwar von derjenigen, die die stärkste Abweichungsform repräsentiert hatte. Nur die Paarung dieses einen Weibchens mit einem stark veränderten Männchen ergab also neben normalen Faltern auch neuartige Individuen, die die von den Eltern durch den Frost erworbenen Eigenschaften geerbt hatten. Da diese vier Ausnahmexemplare Männchen waren, schließt die Gräfin v. Linden, daß die Männchen sowohl bei der Erwerbung neuer Eigenschaften als auch bei deren Vererbung für das neue empfindlicher sind, als die Weibchen, zur wirklichen Vererbung aber muß das Männchen auf ein abnorm verändertes Weibchen treffen. Dieser Schluss scheint etwas vorzeitig, da ja im ganzen von 498 Faltern nur vier die er- worbenen Abweichungen der Eltern geerbt haben; immerhin ist erwähnenswert, daß neuere Versuche am braunen Bärenschmetterlinge dasselbe Resultat ergaben. Hier kamen aus 178 Puppen 17 Exemplare aus, welche die von den Eltern erworbene Abweichung geerbt hatten, auch diesmal hatten 16 Männchen und nur ein Weibchen die von den Eltern erworbene Eigenart aufgewiesen.



Straße einen Kober im Werte von 150 Mk., verkaufte diesen für 51 Mk. und teilte den Erlös mit Sch. Sie verjuxelten dann das ganze Geld. Einen Droschkenführer, von dem sie sich umherfahren ließen, brachten sie um das Fahrgeld von 7 Mk. Außerdem hatte der Kutscher den Wäschekorb noch 1.50 Mk. geliehen gehabt. Von der Fahrradhändlerin S. ließ sich L. ein Tandem zu einem Ankauf, verpackte es aber sofort an den Kellner Z. Einen dem Fahrradhändler G. abgeborgten Kober im Werte von 100 Mk. verkaufte L. für 30 Mk. 12 Mk. benutzte er zur Anzahlung beim Kauf eines Anzuges, der 48 Mk. kosten sollte. Weil der Kleiderhändler N. Würgschaft verkaufte, gab L. eine solche unterschrieben mit dem Namen seiner Mutter. Schließlich hatte er kurz vor seiner Verhaftung noch eine Remontoiruhr erschwindelt und versteckt. Weil ihm der erstgenannte Diebstahl nicht bewiesen werden konnte, mußte er bei der Verhaftung ausfallen; für die anderen Thaten distrierte das Gericht dem L. aber eine Gefängnisstrafe von fünf Jahren und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust zu. Sch. wurde unter Hinweis auf eine früher gegen ihn erkannte Strafe zu einem Jahr fünf Monaten Gefängnis verurteilt.

Schöffengericht.

Leipzig, 1. September.

Das können Sie wohl mit den Leipziguern machen, aber doch nicht mit uns Berliner! So antworteten die Arbeitssuchenden Franz Wulke und Max Benedek aus Berlin dem Schußmann Sch., als er sie wegen groben Unfugs arretieren wollte. Sie waren beide ohne Arbeit und machten am Nachmittag des 28. Juli, nachdem sie wegen Ungebühr aus dem W. sehen Restaurant in der Jahnstraße an die frische Luft gehen wollten, solchen Lärm, daß ein Menschenankauf entstand. Die Inzuchtweisung des Schußmanns wiesen sie durch Schimpfreden zurück und setzten der angeklüglichten Arretur den heftigsten Widerstand entgegen. Was, Du Junge willst uns arretieren? Jetzt werden wir Dich arretieren! Solcherweise beantworteten sie die Arretur. Sie saßen auch tatsächlich den Schußmann an, um ihn ein Stück fortzuziehen, so daß über dieses Verhalten selbst die Passanten erobert wurden. Wulke versuchte sich noch beim Schußmann einzuklinkeln. Mit Hilfe von Passanten war es dem Schußmann nun gelungen, die beiden Rabauken bis nach der Elisabethbrücke zu bringen. Dort hielt sich W. am Brückengeländer fest, stemmte sich mit den Füßen ein und schlug mit den Armen um sich. Der hinzugekommene Schußmann N. nahm den B. in Empfang, aber als er ihn anfassen wollte, biß ihn dieser in den Zeigefinger. Vor und in der Wache benahmen sie sich so venitent, daß sie kaum zu bewältigen waren. Dem Schußmann Sch. stießen sie mit der geballten Faust vor Wangen und Brust. Wegen dieser Thaten haben sie sich heute zu verantworten; sie können auch nichts in Abrede stellen, sondern machen zu ihrer Entschuldigung nur geltend, daß sie betrunken waren. Der Vorsitzende fragt sie, warum sie nicht in Berlin geblieben seien, wenn sie glauben, sich dort so aufführen zu können. Für solche Roubies sei die Prügelstrafe am Plage. Für den groben Unfug erhielt jeder eine Woche Haft, die durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurde, und wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt erhielt Wulke einen und Benedek zwei Monate Gefängnis.

Gewerbegericht.

Leipzig, 2. September.

Nicht an die richtige Adresse soll sich, wie wir schon vor Kurzem berichteten, der Tischlermeister G. mit einer Forderung von 18.50 Mk. rückständigen Lohnes und 150 Mk. Entschädigung wegen unterlassener Beschäftigung gewendet haben. Das Gewerbegericht erließ am 28. August gegen die Firma Holzindustrie-Gesellschaft zu Luda in S.-M. Verurteilungsurteil, obgleich ein als Zeuge erkrankener Angestellter der Firma erklärte, daß G. sich mit seiner Forderung an den hiesigen Vertreter der Firma, Schubert, durch den G. eingestellt worden sei, wenden müsse. Die Firma hatte das Urteil angefochten und stand deshalb gestern vor dem Gewerbegericht neuer Termin an. Als Vertreter der Firma war der Referendar Lindemann aus Leipzig anwesend. G. hat, wie in der gestrigen Verhandlung nochmals festgestellt wurde, von Sch. den Auftrag erhalten, etwa 60 Stück Türen auf einem Neubau in Gohlis anzuschlagen, und nimmt an, daß ihm dieser Auftrag mit Zustimmung der betreffenden Firma erteilt worden sei. Wenige Tage danach sind an G. Stelle zwei andere Anschläger eingestellt worden, ohne daß G. zuvor ordnungsmäßig entlassen und für die von ihm verrichtete Arbeit entschädigt worden ist. Um Aufklärung hierüber zu erhalten, ist G., nachdem er Sch. hier tagelang nicht antreffen konnte, selbst nach Luda gefahren, dort aber mit seinem Anliegen abgewiesen worden. Schließlich haben sich aber die beiden Direktoren bereit erklärt, dem G. 20 bzw. 10 Mk. Entschädigung zu zahlen und einen anderen Bau zur Ausführung zu übertragen. Das Versprechen wurde aber nicht gehalten, und so wurde G. gegen den Vertreter Sch. am Gewerbegericht klagbar. Hier kam es am 7. August zwischen den beiden zu einem Vergleich, wonach dem G. von Sch. eine Entschädigung von 15 Mk. und die Arbeiten an einem Neubau in Lindenau zugesichert wurden. Wie sich aber herausstellte, waren die versprochenen Arbeiten bereits mehrere Tage zuvor an andere Arbeiter vergeben, so daß abermals eine Klage gegen Sch. anhängig gemacht werden mußte. In dem Termin am 18. August zog jedoch G. die Klage gegen Sch. zurück, weil angeblich von diesem nichts zu erlangen sei und verlagte am gleichen Tage die Firma in Luda wegen derselben Forderung. Am 28. August ist, wie erwähnt, gegen die Firma Verurteilungsurteil erlassen, wogegen diese Einspruch erhoben hat. Die Firma behauptet, daß sie mit G. nichts zu thun habe. Auch der Vorsitzende, Kassassessor Dr. Redlich, hält die Klage für aussichtslos. Der als Zeuge vernommene Unternehmer Schubert will dem Kläger 15 Mk. Entschädigung zahlen, sich aber sonst auf nichts einlassen, weil nach seiner Meinung G. nicht fähig sei, die Arbeit auszuführen. Als vom Kläger mehrfach Einwendungen gemacht werden, glaubt sich der Zeuge beleidigt fühlen zu müssen und verläßt, ohne daß es der Vorsitzende verhindern konnte, demonstrativ die Verhandlung. Der Bauherr Näther, der mit der Ludaer Firma einen Vertrag über die zu liefernden Arbeiten in Höhe von etwa 2000 Mk. abgeschlossen hat, will den Eindruck gewonnen haben, daß der Kläger nicht bei Sch., sondern direkt bei der Firma in Arbeit stand. Er habe später selbst, im Auftrag der Firma, an die anderen Tischleranschläger Lohn ausbezahlt. Daß G. die Arbeiten am Bau nicht nach Wunsch ausgeführt hat, mag wohl, wie der Zeuge zugibt, daran gelegen haben, daß das Material von Luda nicht vorchriftsmäßig eingetroffen ist. Die von G. beantragte Vernehmung des Sekretärs des Arbeitsnachweises der Leipziger Holzindustrie ist vom Vorsitzenden als belanglos abgelehnt. Nachdem G. einen Vergleich abgelehnt hatte, kam das Gewerbegericht zu folgendem Urteil: Den Direktoren der beklagten Firma wird der Eid anverlezt dahingehend, daß Schubert nicht berechtigt war, Leute für die Firma anzunehmen und er somit seine Vollmacht überschritten habe. Letztlich die Firma den Eid, dann wird der Kläger abgewiesen, wird der Eid nicht geleistet, so hat die Firma an den Kläger 180 Mk. zu zahlen.

Wanderheimarbeit in der Wäschekonfektion. Der Inhaber einer Wäscherei, Michael S a l o -

mon, klagt gegen die Wäschnäherin S. auf Herausgabe von Arbeitsstücken. S. hat für eine andere Firma Hemden anzufertigen, wonach er nach seinen Angaben 24 Bfg. pro Stück erhält; er hat einen Teil dieser Arbeit der Frau S. übertragen und diese giebt die Arbeit wieder an eine andere Frau weiter. Der Arbeitslohn wird dadurch natürlich immer geringer, weil alle die Zwischenpersonen einen Verdienst für sich herauszuschlagen wollen. Frau S. hat nun eine Partie Hemden zurückbehalten, weil ihr von S. der rechtmäßige Lohn nicht ausbezahlt worden sei. Die Streitsache wurde schließlich durch Vergleich erledigt.

Genau derselbe Fall spielte sich zwischen der Inhaberin eines Wäschegegeschäfts und der Näherin W. ab. Die letztere war in einem früheren Termin beauftragt worden, die zurückbehaltenen Wäschestücke an Gerichtsstelle vorzulegen. Zu dem heutigen Termin war sie aber überhaupt nicht erschienen, sondern hatte ihren Mann mit ihrer Vertretung beauftragt, der sich entschieden weigerte, die zurückbehaltenen Sachen herauszugeben, bevor der rückständige Lohn gezahlt sei. Das Gericht beschloß, die Frau W. unter Androhung einer Geldstrafe von 20 Mk. aufzufordern, im nächsten Termin persönlich zu erscheinen und die Wäschestücke vorzulegen.

Während der Kündigungszeit kann das Arbeitsverhältnis nicht willkürlich geändert werden. Bei dem Schneidermeister Richter stand der Schneidergehilfe W. längere Zeit bei einem Wochenlohn von 9 Mk. und kost an den Wochentagen in Beschäftigung. Das Gewerbegericht hat in einem früheren Termin diese Bezahlung als außerordentlich niedrig angesehen und dem Kläger 6 Mk. Zeitverhältnis zugebilligt. W. kündigte seine Stellung und während dieser Zeit hat ihn N. aufgetragen, im Accord zu arbeiten, wobei natürlich der Verdienst noch geringer war. Von dem Obermeister der Schneiderzwangsinnung, der als Beisitzer thätig war, wurde das Verhalten N.s als unzulässig bezeichnet. Es kam zu einem Vergleich, wonach der Beklagte dem Kläger die von diesem geforderten 3.75 Mk. rückständigen Lohn auszahlt, während der letztere auf die 6 Mk. Zeitverhältnis verzichtet.

Vereine und Versammlungen.

Am Arbeiterverein Thonberg-Neureuditz

hielt Genosse Dunder einen Vortrag über: Die Geschichte der revolutionären Bewegungen in Russland, der sehr beifällig aufgenommen wurde. Zum 2. Punkt, die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen, wurde ein Lokalkomitee gewählt, bestehend aus den Genossen Nädtern, Martin und Hempel. Eine Gehalts-erhöhung für den Dirigenten der Sängereinstellung wurde gegen 4 Stimmen beschlossen. Zur Theatervorstellung des Arbeitervereins Leipzig nimmt Genosse Schmidt Bestellungen entgegen. Die Sängereinstellung hält ihren Vberabend am 11. Oktober im Albertgarten ab. Hierauf Schluß der Versammlung. Bemerk sei noch, daß in nächster Zeit ein größerer Familienabend im Gasthof Thonberg geplant ist.

Arbeiterverein Veitsh.

In der Mitgliederversammlung vom 30. August im Restaurant Köhler referierte Herr cand. Stevers über: Das Erbrecht. Der Referent verbreitete sich einleitend über das Erbrecht und das Erbgeld im allgemeinen unter Inbegriffung der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Er schilderte, wie das Erbgeld in seiner jetzigen Form nach und nach entstanden ist. Im weiteren erläuterte der Referent die Entstehung des Testaments als uralten menschlichen Ausdruck des letzten Willens des Erblassers, unterschied hierbei öffentliche, eigenhändige und gemeinschaftliche Testamente, und macht die Anweisungen mit den gesetzlichen Bestimmungen für jedes einzelne bekannt. Weiter verbreitete sich Referent über gesetzliche Erbfolge und zeigt durch schriftliche Erläuterungen, in welcher Weise die einzelnen Ordnungen, d. h. die einzelnen Abstammungen des Erblassers zu der Annahme des etwa vorhandenen Nachlasses berechtigt sind. Weiter giebt er noch Aufschluß über die Annahme oder Ablehnung einer Erbschaft und über das Vermächtnis im Gegensatz zum Testament. Nach Verlesen einzelner Paragraphen des Erbgelds betrat die Beeinflussung des Erblassers und die darauf sich etwa ergebende gesetzliche Verweigerung der Erbanprüche erläuterte Referent noch das Pflichtteilsrecht und schloß hierauf seinen Vortrag mit lehrreichen und interessanten Vorträgen. Die Diskussion gestaltete sich zu einer vielseitigen, indem noch mehrere Mitglieder Fragen über spezielle Fälle in Erbschaftsangelegenheiten an den Referenten richteten, welcher dieselben in zufriedenstellender Weise beantwortete. Nach Erledigung einiger interner Vereinsangelegenheiten verließ der Vorsitzende, noch eine Einladung des Arbeitervereins Böhlitz-Ehrenberg und schloß hierauf die von 48 Mitgliedern besuchte Versammlung.

Arbeiterverein Nädtern.

Versammlung vom 31. August. Als erster Punkt der Tagesordnung findet die Fortsetzung der Vorlesung über Die Kunst der Rede statt. Unter Vereinsangelegenheiten regt der Vorsitzende an, man möge innerhalb unseres Vereins eine Geschäftsordnung einführen. Diese Angelegenheit wird nach längerer Debatte gegen 6 Stimmen dem Vorstande überlassen. Ferner fordert der Vorsitzende zum zahlreichen Besuch des Schauturnens unserer Abteilung auf, das am 7. September stattfindet. Weiter wünscht man, daß, da man dem Winter entgegengeht, die Mitglieder mehr von der Bibliothek Gebrauch machen sollten; die Schundromane und Hintertreppliteratur solle und dürfe auf den Tisch der unsern Verein angehörenden Mitglieder nicht mehr kommen, da unser Ziel nur erreicht werden könne, wenn es jeder sich angelegen sein lasse, nur gute Werke zu lesen. Auch den Konsumvereins-Mitgliedern stehe die Bibliothek frei zur Verfügung. Aufmerksam hörten die Mitglieder noch der Vorlesung einiger Gedächtnisse zu.

Gemeinnütziger Verein Holzhausen und Umgegend.

Der Verein hielt am 30. August seine regelmäßige Versammlung ab. Zunächst gedachte der Vorsitzende des Ablebens des Genossen Max Regel. Die Versammlung ehrt den Verstorbenen in üblicher Weise. Zu Punkt 1 wurde ein neues Mitglied angemeldet; daselbe wurde einstimmig aufgenommen. Zum 2. Punkt berichtet der Gemeindevorstand über mehrere Gemeindevorstandungen; er führte einige wichtige Punkte an, die dabei abgehandelt wurden. Zu Punkt 3 wurde die Frage betreffs der Naturalisation aufgeworfen; in der Debatte wurde der Wunsch geäußert, daß die Mitglieder die Sache etwas beschleunigen möchten, damit sie an den Gemeindevorstand, die im Herbst stattfinden, teilnehmen könnten. Zur Zeitungsangelegenheit giebt der Vorsitzende bekannt, daß Genosse Rühle vom Vorstand einstimmig gewählt wurde; er fragt die Versammlung, ob sie sich damit einverstanden erkläre; dieselbe giebt ihre Zustimmung. Genosse Rühle dankt derselben für das entgegengebrachte Vertrauen. Ein Hinweis zur nächsten Reichstagswahl erregt eine lebhafteste Debatte. Ueber den Bericht des Bibliothekars entspinnt sich eine längere Debatte, worauf der Vorsitzende dem Bibliothekar Decharge erteilt. Der Vorsitzende dankt im Namen des Vereins dem Genossen Voigt für seine Mühe und Arbeit, die er dem Verein gewidmet hat. Hierauf schließt er die Versammlung.

Die Glaser

hielten am 30. August ihre zweite diesjährige Quartalsversammlung in der Flora ab, die gut besucht war. Zunächst gab der Verbandskassierer Kollege Lüder seinen Vierteljahrsbericht, dem wir folgendes

entnehmen. Es betrug der Kassenbestand vom vorigen Quartal 108.50 Mk., Reinerlösführung wurde ausbezahlt 39.16 Mk., an die Hauptkasse wurden 600 Mk. eingezahlt. Die Einnahmen betragen 1881.80 Mk., die Ausgaben 1242.96 Mk., bleibt ein Kassenbestand von 588.43 Mk. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des vorigen Quartals 364, eingetreten sind 40, zugereist 12, abgereist 25, ausgestiegen 4 und ausgeschlossen 17, so daß wir jetzt eine Mitgliederzahl von 370 Kollegen zu verzeichnen haben. Hierauf gab der Lokalkassierer Kollege Reinhardt seinen Kassenbericht. Es betragen die Einnahmen 904.85 Mk., die Ausgaben 412.86 Mk., so daß wir eine Mehrerlösführung von 791.99 Mk. zu verzeichnen haben. Die Revisoren berichten, daß sie bei beiden Kassierern Kasse und Bücher in bester Ordnung gefunden haben; es wurde denselben hierauf Decharge erteilt. Des weiteren gab der Bibliothekar Kollege Sätze einen kurzen Bericht. Vorhanden sind 108 Bücher, ausgeliehen wurden 75 an 48 Kollegen. Die Kollegen werden gebeten, die Bücher nicht solange time zu behalten. Im Gewerkschaftslokal kam zur Sprache, daß bei Pampel in Begau von früh 4 Uhr bis abends 11 Uhr gearbeitet wird; daselbe ist bei Pampel in Begau der Fall, obwohl dort einige organisierte Kollegen arbeiten. Es sei hierdurch mitgeteilt, daß am 7. September vormittags 11 Uhr eine öffentliche Versammlung in Begau stattfindet, um daselbst einmal gründlich Wandel zu schaffen. Es wurde bemerkt, daß die betreffenden Firmen viel Arbeit nach Leipzig liefern und hauptsächlich billig, was ja auch kein Wunder ist, sollen doch bei Pampel, einem kleineren Maschinengeschäft mit zwei Gläsern, in einer Woche 36 Stück Kassenfester gemacht worden sein, was natürlich nur bei 16-18stündiger Arbeitszeit möglich ist. Ferner wurde noch vorgebracht, daß die Kollegen in der Werkstelle des Herrn Glasermeister Böttner energisch Mißsprache mit letzterem genommen haben, und insofern einen Erfolg hatten, daß das Nachtarbeiten des Herrn Werkführers Lukas abgebrochen wurde. Ferner wurde noch erwähnt, daß alle Kollegen die Freitag-Lothung zu verlangen haben, ebenso muß die 1/2 stündige Mittagspause strikte eingehalten werden. — Kollege Reinhardt teilt mit, daß noch verschiedene Unterstützungsfondsarten aufzuheben; dieselben sind von den betreffenden Kollegen bis spätestens zum 1. Oktober abzulefern. Wer dies nicht thut, verliert seinen Anspruch auf Unterstützung. Zum Schluß sei noch mitgeteilt, daß der Ausflug nach Scheibitz Sonntag den 7. September stattfindet. Treffpunkt früh 9 Uhr am Thorhaus bei Drennau.

Versammlung der Bauhofsler.

In der am Sonnabend den 30. August im Coburger Hof abgehaltenen außerordentlichen öffentlichen Bauhofslerversammlung referierte Genosse Schöpflin über den Volksrichter Robert Seidel. Nachdem dann zwei Revisoren zur Abrechnung über das stattgefundene Sommerfest gewählt und eine Kassenabrechnung für die Bilanz eines verstorbenen Kollegen bestimmt worden war, teilte der Vorsitzende mit, daß die nächste Versammlung am 21. September gehalten wird, weil am letzten Sonnabend im September der diesjährige Rekrutenabschied stattfindet. Außerdem forderbe er die Kollegen auf, da die vierteljährliche Mitgliederkontrolle zur Zeit stattfindet, ihre Bücher bei den Direktoren zu hinterlegen.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 3. September.

Die Differenzen am Rathausneubau bestehen unverändert fort. In den letzten Tagen sind zwar wiederum mehrere auswärtige Steinbildhauer bei der Firma Schübe in Arbeit getreten, jedoch wollen diese von den gegenwärtig hier bestehenden Verhältnissen nicht genügend unterrichtet gewesen sein. Es ist bezeichnend, daß Herr Schübe den neuingetretenen Bildhauern das Schriftstück, das hauptsächlich zum Ausbruch der Differenzen mit beigetragen hat, nicht zur Unterschrift vorgelegt hat, sowie daß er die letzteren im festen Lohn beschäftigt. Die Banleitung, der seitens der Leitung der Organisation die Verantwortliche bei der Firma Schübe am Rathausneubau näher geschildert worden sind, hat bisher eine Antwort nicht erteilt.

Die Fehnhilfsbewegung der Textilarbeiter hat bei den beteiligten Arbeitern und Arbeiterinnen allgemeinen Anklang gefunden. Die Versammlungen, die vor kurzem zu diesem Zwecke in Magwitz, Gaußsch, Wockau und Wahren abgehalten worden sind, waren sämtlich sehr stark besucht. In allen Versammlungen herrschte eine Begeisterung für den Fehnhilfsbewegung, wie man sie bei früheren Gelegenheiten unter der Textilarbeiter nicht wahrzunehmen hat. Das Vorgehen der Textilarbeiter berechtigt somit zu den besten Hoffnungen. Der Erfolg wird nicht ausbleiben, wenn sich die Textilarbeiter und Arbeiterinnen sämtlich der Organisation anschließen und energisch für die Durchführung ihrer Forderung eintreten.

Schwarze Listen und ähnliche Geheimniskläre giebt es nicht allein in Fabrikantenkreisen, um mißliebige gewordenen Arbeiter abzuschließen und längere Zeit brotlos zu machen; auch im Fuhrverkehr wendet man heute daselbe System an. Die Herren Fuhrwerksbesitzer verfahren dabei nur offener und verständiger sogar direkt denjenigen, den sie treffen wollen. Der Droschkenführer W. soll sich bei den Droschkenfuhrherren unmöglich gemacht haben, weil er am Markttag mit seinem Wagen als sechster auf der Station aufsteige, obwohl nur fünf Wagen dort halten sollen. Ein Droschkenbesitzer mit Namen F. soll nun einen Schußmann hierauf aufmerksam gemacht haben. Um Scherereien aus dem Wege zu gehen, ist W. wieder fortgefahren. Dem F. gegenüber aber hat er später Vorhalt gemacht. Weiter soll W. während der Fahrt die Uhr (Taxameter) nicht eingeschaltet haben, was andere bestätigen könnten. Diese beiden „Fälle“ gaben dem Gesamtverband des Leipziger Droschkenbesitzervereins I. Klasse Veranlassung zu nachfolgendem Schreiben:

Herrn W. Hierdurch wird Ihnen mitgeteilt, daß laut Beschluß des Gesamtverbandes des Leipziger Droschkenbesitzervereins I. Klasse wegen verschiedener Vergehen gegen unser Vereinsstatut und die Platzordnung verstoßener Vergehen das Droschkenfahren insofern verboten ist, als die Mitglieder beider Vereine Ihnen laut unserer Statutes bei Vermeidung von 8 Mk. Strafe pro Tag nicht in den Droschkenfahrtdienst nehmen dürfen. Dieser Beschluß tritt den 10. September 1902 in Kraft und ist bis dahin den Mitgliedern bekannt zu geben.

Leipzig, den 28. August 1902.

Für den Gesamtverband:

Eduard Oertel

Vorsitzender des Leipziger Droschkenbesitzervereins I. Klasse.

W. befreit den Vorfall mit F. nicht. Die Annahme, daß F. ihn denunziert, habe ihn erregt. Wohl aber bestreitet er entschieden, nicht eingeschaltet zu haben. Höchstwahrscheinlich habe er die Einschaltung etwas scharf und schnell vorgenommen, so daß die rote Scheibe wieder vorgefahren sei, was er nicht bemerkt habe. Irrendwelsche unrecelle Absicht seinerseits sei vollständig ausgeschlossen.

Vor allem ist von Interesse, zu erfahren, ob der Verein 2. Klasse sich der Absicht der Anshingung, wie es Herr Oertel in seinem Schreiben andeutet, wirklich angeschlossen hat. Von einer Solidarität mit den Arbeitern würde ein solcher Beschluß auch nicht das geringste mehr erkennen lassen.

k. Zur Bekämpfung der Anpflanzerei hat der ärztliche Bezirksverein Leipzig-Land einige Beschlüsse gefaßt. Danach soll die gewerksmäßige Ausübung der Heilkunde durch nicht



approbierte Personen auf landesgesetzlichem Wege verboten und unter Strafe gestellt und weiter ein Gesetz erlassen werden, das den Kutschkattern die Aufnahme von Kutschschern- und Geschwimmel-Angelegenheiten verbietet. Dr. Goetz führte zur Begründung aus, daß die Kutschscherei (gemeint ist in erster Linie die Ausübung der Naturheilkunde) in Deutschland durchaus nicht ausdrücklich erlaubt sei. Die weitere Ausgestaltung der Gesetzgebung über die Art des Betriebes der Heilkunde unterliege der Landesgesetzgebung.

Bei dem Vollstreckungsamt der Stadt Leipzig gingen im Jahre 1901 insgesamt 90892 Pfändungsanträge und Verleumdungsversuchen ein, das sind 5507 mehr als im Jahre 1900. Von den gestellten Anträgen entfielen 54508 = 60 Prozent auf das Steueramt, 36384 = 40 Prozent auf die übrigen Geschäftsstellen, auswärtige Behörden, Innungen u. Vereinnahmt durch das Vollstreckungsamt wurden im Jahre 1901 1560413.50 M., das sind 208083.41 M. mehr als im Jahre 1900. Unter den vereinnahmten Geldern befinden sich 57094.85 Mark Vollstreckungskosten.

Das Statistische Jahrbuch für das Königreich Sachsen auf das Jahr 1903 (Dresden, Druck und Verlag von C. Heinrich) ist erschienen. Herausgegeben vom Statistischen Bureau des königlichen Ministeriums des Innern, ist dies Hand- und Nachschlagebuch diesmal vertriebsweise vom Regierungsrat Sieber redigiert worden.

Warnung vor der Auswanderung nach Südafrika. Die Erwartungen, die man besonders für Johannesburg an die Beendigung des Burenkrieges geknüpft hat, haben sich nicht erfüllt. Der Geschäftsaufschwung will immer noch nicht kommen. Ein der südafrikanischen Spekulantengruppe nahestehendes Blatt, der Londoner Star (Stern) sagt über die unerschwinglichen Lebensmittelpreise und Mieten. Ein Berichterstatter des Daily Express bestätigt die Darstellung des Stars. Er telegraphiert aus Kapstadt, daß dort immer mehr Einwanderer eintreffen, obgleich es vollständig unmöglich ist, für sie Arbeit zu finden. Das einzige, was die Ankömmlinge vorfinden, sind Briefe von Freunden und Verwandten am Rand, durch die vor einer Weiterreise dorthin gewarnt wird, weil die Zustände am Rand sozial und industriell durchaus unbefriedigend seien. Das Arbeitsbureau der Regierung in Kapstadt hat bekannt gegeben, daß ganze Scharen von Maurern, Zimmerleuten und Handwerkern verschiedener Art arbeitslos sind. Die Bettelerei nimmt überhand, und die Parks sind mit Obdachlosen angefüllt. Verbrechen und Gewaltthatigkeit sind an der Tagesordnung. Rechtswidrigerweise sollen diese Verbrechen von der Presse folgenlos werden. So sind im Monat August mehr als 40 Fälle von Ueberfall, verbunden mit Raub, nicht veröffentlicht worden, und zwar, wie man annimmt, weil Soldaten die Übeltäter waren. An ein und demselben Tage wurden drei dieser Straftäter auf seichter That abgefaßt.

Der Verein für öffentliche Lesezimmer hat in dem 8. Lesezimmer, Johannisplatz 11 (alte Landstschalle), eine neue Ausleihbibliothek gegründet. Diese Bibliothek enthält nur Werke, die zur Zeit in den Volksbibliotheken nicht vorhanden sind. Die Ausgabe der Bücher erfolgt unentgeltlich und unter denselben Bedingungen wie in den Volksbibliotheken. Der 1000 Nummern umfassende Katalog wird für 15 Pf. an die Benutzer der Bibliothek abgegeben. Er enthält zugleich das Verzeichnis der aus 450 Nummern bestehenden Handbibliothek des 8. Lesezimmers, der ausliegenden Tageszeitungen, der Wochen- und Monatschriften und der gewerblichen Zeitschriften. — Der Besuch im 8. Lesezimmer ist ein sehr guter, er betrug im Mai 1899, im Juni 1774, im Juli 1896 und im August 1816 Personen. Seit Eröffnung des Lesezimmers am 21. Oktober vorigen Jahres haben dieses Lesezimmer bereits 18122 Personen besucht.

Vermißt wird seit dem 25. August der am 14. Januar 1859 in Plauen i. V. geborene, in Gausch wohnende Glaser Wilhelm Carl Kühnert. Der Vermißte ist etwa 1,60 Meter groß, hat schwarzes Haar, starken blonden Schnurrbart, längliches Gesicht und trägt dunkelbraunes Jackett und Weste, hellgrüne, gestreifte Hose, gestickte Handschuhe und weißen Strohhut. Kühnert hat an dem erwähnten Tage seinen in Volkmarzdorf wohnenden Bruder besuchen wollen. Dort ist er nicht eingetroffen, bis heute aber auch nicht in seine Wohnung zurückgekehrt. Kühnert hat vor mehreren Wochen durch einen Sturz eine schwere Gehirnerschütterung erlitten. Deshalb befürchten die Angehörigen, daß ihm ein Unglück zugestoßen ist oder daß er sich ein Leid angethan hat.

Das Feuer in der Chirurgischen Klinik, Viebigstr. 22, war im Dachgeschoß über dem Hörsaal zum Ausbruch gekommen und ist wahrscheinlich durch Kurzschluß in der elektrischen Leitung hervorgerufen worden, die in diesem Gebäude unter hochgradiger Spannung stand. Das Dachgeschoß ist völlig ausgebrannt. Der angerichtete Schaden ist bedeutend, doch sind Personen nicht zu Schaden gekommen. Die Feuerwehre hatte mehrere Stunden lang zu thun; es waren zwei Dampfstrahlen in Thätigkeit. Die an das Gebäude der Chirurgischen Klinik angrenzende Krankenbaracke war geräumt worden.

Neue Polizeinachrichten. Gestohlen wurde am Sonntag aus einem Lokale der Westvorstadt ein ziemlich neuer Sommerüberzieher von dunkelgrauem Gebeut mit schwarzen, geriettem Futter. In einem Café am Rosaplag ist gestern nachmittag eine goldene Krawattennadel mit einem erbsengroßen, 4 Jour gefachten Brillanten, im Werte von 300 M., in Verluft geraten. Unter Verwendung von Nachschlüsseln haben Diebe gestern nachmittag aus einer Wohnung der Rathausstraße in L.-Reudnitz einen Bismarkkrozer, Marke Panther Nr. 48, und einen braunen Holzboffer gestohlen, worin sich ein Geldebetrag, ein Sparbuch der Sparkasse in Südstr. mit 50 M., Einlage, auf den Namen Arthur Gehlert lautend, sowie ein auf denselben Namen lautender Militärpaß nebst anderen Legitimationspapieren befunden hat. Der Wert der gestohlenen Sachen belief sich auf 840 M.

In Haft genommen wurde hier eine 20 Jahre alte Köchin aus Schwarz, die ihrem auswärts wohnenden Vater drei Sparkassenscheine mit 3000 M., Einlage, sowie 100 M. baren Geldes gestohlen hat.

Ein von der Staatsanwaltschaft Halle wegen Sittlichkeitsverbrechen steckbrieflich verfolgter, 32 Jahre alter Monteur aus Wittenberg wurde hier ermittelt und festgenommen. Ferner erfolgte hier die Festnahme eines 48 Jahre alten Kaufmanns aus Weiskensfeld, der von der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen Urkundenfälschung und Betrugs steckbrieflich gesucht wird.

Auf der Bismarckdorfer Straße wurde gestern in der Mittagsstunde ein kleines Mädchen von einem Radfahrer umgefahren, zum Glück aber nur wenig verletzt. Den Radfahrer traf kein Verurteil.

Soziale Rundschau.

Sozialpolitisches.

Die Gewerkschaften und Erwerbslosenvereine Arbeiter-Gesellschaftsvereine in Rdn., welche aus Angehörigen der sozialistischen Partei

sowie Mitglieder der freien Gewerkschaft zusammengesetzt ist, beschloß in ihrer außerordentlichen Generalversammlung, den großen Getreidesaal nebst der dazu gehörigen Restauration und zwei angrenzenden Häusern anzukaufen, hauptsächlich um dem hiesigen Mangel an geeigneten Lokalitäten zum Abhalten von Versammlungen abzuwehren. Der Kaufpreis beträgt 375 000 Mark.

Feiertage zweiter Ordnung. Die Generaldirektion der bayer. Staatsbahnen hat an die Betriebswerkstätten folgende Verfügungen gelangen lassen über die Regelung der Arbeitszeit in den Werkstätten an den sogen. zweiten Wochenfeiertagen (Feiertagen zweiter Ordnung). Es besteht ein Einverständnis mit den Arbeiter-Ausschüssen damit, daß an den kath. sogen. 2. Wochenfeiertagen wie bisher an Orten mit vorwiegend katholischer Bevölkerung in den Werkstätten nicht gearbeitet wird, soweit nicht ganz vorbringliche und unaufschiebbare Arbeiten vorliegen; dagegen besteht keine Veranlassung, an Orten mit vorwiegend protestantischer Bevölkerung an solchen Tagen in den Werkstätten die Arbeit anzufangen, jedoch ist den kath. Arbeitern das Wegbleiben von der Arbeit zu gestatten. Umgekehrt ist auch an besonderen protestantischen Feiertagen an Orten mit vorwiegend protestantischer Bevölkerung in den Werkstätten nicht zu arbeiten und an Orten mit vorwiegend katholischer Bevölkerung den Protestanten das Wegbleiben von der Arbeit zu gestatten. Insofern an solchen Tagen gearbeitet wird, findet die normale Entlohnung ohne Zuschlag (sonst war ein 50prozentiger Zuschlag üblich. D. R.) statt, wird aber Feiertage halber nicht gearbeitet, so kann auch eine Lohnzahlung nicht stattfinden.

Gewerkschaftliches.

Eine Organisation der Nichtorganisierten. Wie das Organ der Hand Schuhmacher mittelt, wird von Altenburg aus folgendes Rundschreiben verbreitet:

„Altenburg, Datum des Poststempels. Im Interesse unserer Arbeiterkass!! P. P.

Jeder Fabrikant hat wohl erfahren, wie groß der Druck und die Beeinträchtigung seitens der Arbeiterorganisationen auf die Arbeiter ist. Unter letzteren selbst existiert eine große Anzahl, die sich dieses Druckes gern entledigen möchten, wenn ihr nicht seitens ihrer Organisation Vorteile geboten würden, welche sie andernwo nicht findet. Dieser Umstand nun, und der Wunsch, solchen Arbeitern ein Äquivalent zu bieten und auch denjenigen, die einer Organisation nicht angehören, diese Vorteile zu teil werden zu lassen, hat zur Errichtung der Zuschußkasse für nichtorganisierte Arbeiter und Arbeiterinnen der Lederhandschuhbranche Deutschlands geführt. Da wir annehmen, daß Sie unser Bestreben nach jeder Richtung hin unterstützen, gestatten wir uns, Ihnen in der Anlage eine Anzahl Couverts mit Einlagen (Sparungen, Aufforderungen zum Beitritt, Formulare für Karteistelle etc.) mit der Bitte zu übersenden, dieselben bei den verschiedenen Arbeiterabteilungen, in erster Linie an nichtorganisierte Arbeiter und Arbeiterinnen, zu verteilen. Wir danken im voraus für Ihre Bemühungen und zeichnen Hochachtungsvoll

Die Zuschußkasse für nichtorganisierte Arbeiter und Arbeiterinnen der Lederhandschuhbranche Deutschlands. Franz Raminger, Altenburg. Hand Schuhmacher Emil Nische, Hauptkassierer, Altenburg.

Besonders viel werden die Herren mit ihrem neuesten Versuche nicht erreichen. Die Hamburger Klempnermeister. In der am 27. August stattgefundenen Versammlung der Hamburger Klempnerinnung teilte der Obermeister Derlitz mit, daß die Gesellen einen Teil der Forderungen der Meister bewilligt hätten, worauf folgende Resolution angenommen wurde:

Nachdem seitens der Gesellenchaft die Sperre über Oldenburg u. Hengster aufgehoben worden, beauftragt die Versammlung Vorstand und Komitee, die Ausperrung aufzuheben, sobald die Gesellenchaft auch den Zugang nach Hamburg wieder freigegeben. Selbstverständlich (!) kann eine Wiedereinstellung nur durch den Arbeitsnachweis der Innung auf Grund unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen vom 21. August 1902 erfolgen. Entgegen den Behauptungen der Gesellenchaft sollen diese keine Herabsetzung der vor Beginn der Aussperrung gezahlten Löhne bedeuten, jedoch muß in Anbetracht der eigenartigen Verhältnisse in den Schiffstempelereien, Loden- und Emballagegeschäften, sowie in Anbetracht der meist geringeren Leistungen der jüngeren Leute unter 21 Jahren den Meistern das Recht gewahrt bleiben, diese Gesellen zu einem geringeren Lohn (!) in Arbeit zu behalten, wenn die betreffenden selbst damit einverstanden sind.

Herr Derlitz meint, daß der schwerste Teil des Kampfes noch bevorstehe. Am Schluß der Versammlung führte Herr Derlitz aus: „Ehe nicht die Sperren in Hamburg in allgemeinen aufgehoben seien und der Zugang freigegeben werde, sei der Friede nicht als ehrlich gemeint zu betrachten. Die Meister dürften heilige Gesellen nicht eher wieder in Arbeit stellen, bis sie die schriftliche Genehmigung dazu vom Innungsvorstande erhalten hätten.“

K. Der Zustand der Straßenbahnen in Aachen ist beunruhigend. Nach vierzehntägigem Streik sind die Ausständigen am Sonntag wieder zum Dienst angetreten. Die Direktion hat zugesagt, daß den Angestellten durch die Zugeshörigkeit zum Verbande der Transport- und Verkehrsarbeiter keine Schwächung erwachse. Es ist zu gestanden worden, daß künftig ein Ausschuss, dem auch durch die Angestellten selbst gewählte Vertreter angehören, als Berufungsinstitut bei Verstärkungen u. dergl. entscheidet. Ferner sollen Mittagspausen geschaffen werden. Jedoch ist die Wiedereinstellung der acht Gemahregelten nicht erreicht worden. Durch die Herausziehung von Arbeitswilligen war es der Direktion in den letzten Tagen möglich geworden, einen einigermaßen genügenden Innenvorbehalt aufrecht zu halten. Die Bürgerkass stand nahezu einmütig auf der Seite der Ausständigen, ebenso sämtliche Aachener Zeitungen. Sogar die Kleinbahnabnehmer hielten Versammlungen ab, worin sie einmütig den Ausständigen recht gaben. Das alles hat nicht hindern können, daß der Ausstand nur einen Zellerfolg erzielt hat.

Von Nah und Fern.

Die Sühne des Eisenbahnunglücks in Neuf.

Düsseldorf, 2. September. Vor der zweiten Strafkammer wurde heute über das Eisenbahnunglück in Neuf, das sich am Abend des zweiten Pfingstfeiertages zutrug, verhandelt. Nach einer vierstündigen Sitzung wurden der Weichensteller Rosenbaum aus Neuf und der Lokomotivführer Ueberbrod aus Warmen freigesprochen, während der Zugführer Hüßens aus Warmen zu der geringsten zulässigen Strafe von einem Monat Gefängnis verurteilt wurde.

Securifälle.

Riel, 3. September. Am Dienstag nachmittag ist die Dorothea mit dem Torpedoboot S. 105 zusammengestoßen, wobei die Dorothea so schwer beschädigt wurde, daß sie auf den Strand gesetzt werden mußte.

London, 2. September. Wie eine Lloyddepesche aus Port Elizabeth meldet, sind folgende, augenscheinlich deutsche Schiffe, bei dem letzten Anweiliger gescheitert: Thekla, Coriolanus, Nautilus, Emanuel, Hans Wagner und Arnold. Von den genannten Schiffen hatte Thekla bereits ihre Ladung gelöscht, Coriolanus und Nautilus hatten nahezu gelöscht und Emanuel, Hans Wagner und Arnold die Hälfte ihrer Ladung gelöscht. Coriolanus und Nautilus verloren 14 Mann ihrer Besatzung.

Eine neue Schreckenbnachricht von Martinique.

Newport, 2. September. Ein Telegramm aus Port Castries (Santa Lucia) berichtet: Am Mont Pelée haben seit dem 15. August fortwährend Eruptionen stattgefunden. Eine sehr starke Eruption erfolgte am 28. August nachts. Das Gestein wurde in weiter Entfernung gehört. Der Berg wie umgestalteter Feuer. Die auf See befindlichen Schiffe wurden mit Asche bedeckt. In der Nacht vom 30. August fanden drei Ausbrüche statt. Es ist unmöglich, sich St. Pierre von der Seeseite her zu nähern. In Le Carbet ist die Bevölkerung von Schrecken ergriffen und flüchtet ins Innere der Insel. Der Gouverneur gab Befehl, alle verfügbaren Boote zu verwenden, um die Bewohner der Küste nach Fort de France zu bringen. Eine Flutwelle trieb die Einwohner von Fort de France zur Flucht nach dem Innern, doch ist der von ihr angerichtete Schaden nicht bedeutend. Am Mitternacht des 30. August war der Mont Pelée ruhig.

Newport, 2. September. Durch den Ausbruch des Mont Pelée am 30. August sind etwa 1000 Menschen umgekommen, mehrere Hundert verwundet. Die Dörfer Mornerouge und Ajouabouillon sind zerstört.

Aus Afrika.

Tanger (Nordafrika), 2. September. Die Verberstämme haben die Stadt Maquinez angegriffen, das Marktvieh erbeutet und konnten nur dadurch abgehalten werden, in der Stadt selbst Weite zu machen, daß der Gouverneur sie zu beschwichtigen verstand. Das Judenviertel ist geschlossen und mit Barrikaden versehen. Die Bewohner sind in großer Angst um ihr Leben. Die äußere Umwallung ist vom Feinde besetzt; in den Vierteln der Eingeborenen geht das Gerücht, die Bewegung sei zu Gunsten des Bruders des Sultans Mohammed erfolgt.

Lezte Nachrichten.

Wieder eine Trustrede.

In Worcester (Massachusetts) hielt Präsident Roosevelt am 2. September eine Rede über die Trustr. Ein Mann, der die Vernichtung der Trustr durch Maßregeln empfahl, die die Industrie des Landes lahm legen würden, wäre im besten Falle ein Charlatan, im schlimmsten Falle ein Feind der Republik. Roosevelt hat in seiner Reisetoga nur: Monroe doktrin- und Trustrreden; mit beiden Gesichten wechselt er stimmungsvoll ab.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Bei der sich jetzt der arbeitenden Bevölkerung besonders sichtbar machenden Fleischarteuerung, die zu Gunsten einer kleinen, aber einflussreichen Interessengruppe künstlich erzeugt und aufrecht erhalten wird, zettelt gerade hier in Leipzig eine Unterlassungskassette ihse umhüllenden Früchte. Wenn auch ein Teil der Leipziger Arbeiter genau weiß, welche Lokale den Arbeitern zur Besprechung ihrer wichtigsten wirtschaftlichen Tagesfragen nicht zur Verfügung stehen und demgemäß auch solche Wirte nicht durch seinen Besuch belästigt, gleich es doch leider auch noch viele Arbeiter, die wie ihre Mitbürger ebenfalls nur in karglichster Weise aus der Hand in den Mund leben, die es aber trotzdem nicht nötig zu haben scheinen, sich um ihre eigenen Interessen gehörig zu kümmern.

Diese Leute werden auch von den Saalinhabern ganz richtig erkannt, denn das sind ja die Leute, die ihnen den Saal füllen. Der Langbode mit all seinen Nebenrechnungen steht diesen Leuten viel näher, als die so notwendige Erkenntnis ihrer wirtschaftlichen Lage und so ist es möglich, daß derjenige Teil der Bevölkerung, welcher in der Hauptsache für die Steuerlast, welche zum Teil aus der fortwährenden Steigerung der Ausgaben für den Militarismus erwächst, aufzukommen hat, gerade um dieses Militarismus willen sich wieder die Lokale verweigern lassen muß und so der Gelegenheitsberaubt ist, über seine wichtigsten Angelegenheiten beraten zu können.

Wenn es auf der einen Seite plebsbürgerliche Angstmelerei ist, die die Wirte vor jeder Tresse und Helmsphäre in die Knie sinken läßt, so ist es auf der anderen Seite die nicht zu beschreibende Abgeschnittenheit eines Teils der Arbeiterklasse, die diese Zustände aufrecht erhält. Arbeiter sind es, die diesen Leuten zu der einen Thür das Geld hincintragen, um sich dafür durch die andere Thür wieder hinausweisen zu lassen. Es ist geradezu jämmerlich, daß die zum Darben gezwungene Volksklasse diesen Zustand inbret selbst erzeugt!

Der von dieser Kalamität am meisten betroffene Stabteil ist zweifellos der Norden, welchem als einziges größeres Lokal nur das Wirtenslokal in Wahren zur Verfügung steht. Gerade die immer noch im Wachen begriffene Fleischarteuerung und Nahrungsmittelverwertung brüht uns mit der Nase auf diese Thatsache. Der Norden mit seiner vorwiegenden Arbeiterbevölkerung muß es sich ruhig gefallen lassen, daß ihm die Lokale zu Arbeiterversammlungen verweigert werden, während gerade diese Arbeiterkassette zu anderen Gelegenheiten als Kränzchen von Schafkopfs, Rauch- und Spielclubs, sowie von Turnvereinskränzchen (natürlich „patriotischen“) wieder den Saal füllen und so dem Wirt die Hand küssen, die sie soeben geschlagen hat. Es wird oft sinnbildlich von des deutschen Michaels Zipselmüge gesprochen, aber so tief dürfte diese doch wohl selten in die Augen hängen wie hier.

Darum Arbeiterkassette Leipzig! Du hast es wohl in der Hand, darüber zu bestimmen, welche Lokale Du haben willst, aber zuvor mußt Du selbst aus Deinem Schlaf erwachen und als Gast nur diejenige Lokale unterstützen, die Dir als Mensch zur Besprechung Deiner wirtschaftlichen Lage zur Verfügung stehen. H.

Vermischtes.

Im Armenhause verhungert. Noch ist kaum ein Vierteljahr verfloßen, daß vom Landgericht Amberg der katholische Pfarrer Bergler zu einer Woche und der frühere Centrumsabgeordnete Bürgermeister Lautenschlager zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurden, weil sie durch größtenteils Unterlassung ihrer Amtspflichten als Vorstände der Armenpflege der oberpfälzischen Gemeinde Neunkirchen den Tod des Armenhauselers Mathias Graf verschuldet haben. Graf war bekanntlich im Armenhause elend des Hungers gestorben. Und schon wieder kommt die erschütternde Nachricht, daß in der oberfränkischen Gemeinde Riedererfeld eine alte Frau im Armenhause verhungert ist. Am Sonntag früh wurde nämlich, wie aus Bamberg berichtet wird, die Armenhauselerin Anna Rath, Ged., etwa 70 Jahre alt; tot in ihrem Bette aufgefunden. Der Bezirksarzt aus Forchheim konstatierte, daß der Tod infolge von Hunger und Verwahrlosung eingetreten war. Die Verstorbene befand sich in einem unbefriedigenden Zustande. Am Gefäß und am Rücken war sie vom Ungeziefer völlig offen. Speise wurde der Verstorbene seit einigen Tagen nicht mehr gereicht; denn sie erhielt ihre Kost im Turms von den Gemeindegliedern. Diese verfehlten jedoch nicht persönlich mit ihr, sondern das Essen wurde ihr jeweils aufs Fensterbrett gestellt. Der Vorstand



